

Erscheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,50 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 28 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neues Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 3,50 Mark pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark. Pro Monat. Stuttgart. In der Post-Zeitungs-Vertheilung für 1893 unter Nr. 6708.

Intentions-Gebühr beträgt für die fünfzehntägigen Berichte über deren Raum 40 Pf., für Berichts- und Verhandlungs-Anzeigen 20 Pf. Insetts für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonntagen und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Lehrsprecher: Just. I. 4186. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Freitag, den 18. August 1893.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

### Ultramontane Sozialpolitik.

Die unaufhaltsam aufsteigende Klassenbewegung des Proletariats beeinflusst sämtliche bürgerlichen Parteien, und hier in erster Reihe die kirchliche Partei. Diese Partei ist international, durch ihre Agenten mit Torsur und Kutte hat sie noch starken, aber von Jahr zu Jahr schwindenden Einfluß in der Arbeiterbevölkerung. Ihr gehören Adelige und Bürgerliche, Geistliche und Laien, Fabrikanten und Großgrundbesitzer, industrielle und ländliche Arbeiter an, sie kann daher nicht so offenkundig kapitalistische Politik machen, wie der Nationalliberalismus und der Freisinn, sie ist aber als vorwiegend bürgerliche Partei trotzdem unfähig ernsthafte Sozialpolitik zu treiben. So wie sie politisch Mitglieder verschiedener Richtungen zählt, so auch sozial Angehörige verschiedener Klassen. Befähigt sie nicht eine mächtige Ueberlieferung, hätte sie nicht die großartig organisierte katholische Hierarchie als Rückhalt, würde das religiöse Band und die übermächtige päpstliche Autorität fehlen, diese Partei, die in unserem Zeitalter der politischen und sozialen Parteien eigenartig dasteht, wäre längst zerfallen. Aber trotz aller für das Zentrum so günstigen Umstände, kann es auf Erhaltung seiner ausschlaggebenden Stärke nicht mehr rechnen, weil die Arbeitermassen sich vollständig vom Zentrum abwenden. Eine Reihe von Wahlkreisen würde verloren gehen, die Partei eine andere Gestalt annehmen. Dies sucht die Zentrumsparthei zwar nicht durch Thaten, wohl aber durch eine schlaue Taktik zu verhindern. Lange wird ihr dies freilich nicht gelingen, denn immer mehr werden die katholischen Arbeitermassen von sozialdemokratischen Elementen durchsetzt, die Agitation unserer Partei macht nicht halt vor den vom Zentrum aufgerichteten Schranken. Dringt Wissen, soziale Erkenntnis, klare Einsicht in die Verhältnisse und in die Personen in die Arbeiterchaft der katholischen Wahlkreise, dann ist es aus mit der Zentrumshegemonie. Darum ist die ultramontane Partei gezwungen der Sozialdemokratie Konkurrenz zu machen. Da es ihr aber an ernstem Willen fehlt, für die Interessen der Arbeiter einzutreten, da sie stets den Widerstand des großen und kleinen Unternehmertums fürchten muß, wird sie immer in diesem Konkurrenzkampfe den kürzeren ziehen müssen.

Die Stellung der Ultramontanen zur Sozialpolitik ist in fast allen Staaten die gleiche, deshalb konnte auch das Oberhaupt der katholischen Kirche, der Papst in Rom, Stellung zur sozialen Frage nehmen, weil der von ihm gegebenen Richtschnur für seine Anhänger von den ultramontanen Parteien fast aller Länder gefolgt werden kann. Das Papstthum hat in seinem langen Bestande die größte Anpassungsfähigkeit an die übermächtigen Strömungen im Volksleben gezeigt, es hat dem Heidenthum durch die Einsetzung von Heiligen, der Reformation durch das triden-

tinische Konzil, der französischen Republik durch Aufgabe der Präventenden Zugeständnisse gemacht. Trotz der reichen Begabung des jetzigen Papstes steht er aber nun der sozialen Frage gegenüber vor einer schwereren Aufgabe als irgend einer seiner Vorgänger. Die aufsteigende Klassenbewegung des Proletariats ist nicht kirchenfreundlich, sie ist eine vollständig unkirchliche Bewegung, entsprechend dem Grundsatz, daß Religion Privatsache sei, andererseits sind die Stützen der Kirche vornehmlich in den Kreisen zu suchen, die an der Erhaltung der heutigen Wirtschaftsordnung persönlich interessiert sind, endlich ist die einflussreiche Hierarchie, die Kardinäle, Bischöfe, Aebte, zum weitesten Theile dem Adel und der Bourgeoisie entsprossen. All' dies wirkt zusammen, um dem Papste, selbst wenn er es wünschen sollte, eine klare und entschiedene Parteimahme für die Arbeiterforderungen unmöglich zu machen.

Aus all' diesen Umständen erklärt sich der sozialpolitische Eiertanz des Zentrums, einerseits die Forderungen des Normalarbeitstages und das mehr als feige Verlassen des Standpunktes bei der Verathung der deutschen Arbeiterschutzvorlage, ihr Eintreten für die Betteluppen des „Professors“ Dize u. s. w., andererseits ihr Eintreten für Zunahmen, Befähigungsnachweis, korporative Gliederung der Gesellschaft. Damit sind aber die Widersprüche im sozialpolitischen Verhalten des Zentrums noch lange nicht erschöpft, tritt doch die Partei, die das Interesse der Arbeiter wahrzunehmen vorgiebt, für Einschränkung und Verschlechterung des Volksschulunterrichts, für Getreidezölle und dergleichen ein.

Gerade jetzt, nach dem auch für das Zentrum keineswegs erfreulichen Ergebnisse der Reichstagswahlen, sieht diese Partei sich gezwungen, die sozialpolitischen Punkte ihres Programms entschiedener zu betonen. Die Siege der Sozialdemokraten und ihre steigenden Stimmenzahlen in allen katholischen Wahlkreisen vor allem in Rheinland-Westfalen und in Schlesien erscheinen sicherlich der Zentrumsparthei viel gefährlicher, als das Schwollen der Huene, Ballestreim, Porch und Schorlemer-Alst. Es wird für das Zentrum immer mehr zu einer Lebensfrage, seine Wahlkreise mit starker Industrie und Bergbau sich zu erhalten. Das Befehl von der Religionslosigkeit der Sozialdemokratie schreit nicht mehr die katholischen Bauern und Arbeiter, der Einfluß der Pfarrer und Kaplanen ist im Abnehmen begriffen, und die steigende Noth, die häufige Arbeitslosigkeit lehren die Arbeiter nicht mehr beten, sondern denken.

Deshalb ist es nun für das Zentrum überaus wichtig, den Arbeitern den Beweis zu liefern, daß es ein warmes Herz für die Arbeiter habe. Man kreibt mit allen je gestellten Arbeiterschutz-Anträgen im Reichstag und verschweigt, daß man sie stets zu Zeiten gestellt hat, wo an ihre Annahme nicht zu denken war, während man gelegentlich der Arbeiterschutz-Debatten den Herrn Dize mit den Entschuldig. Stumm u. Verböserungsanträge ausarbeiten ließ. Man erzählt langes und breites von der arbeiter-

freundlichen Gesinnung des Papstes, verweist auf die mehr als zahme Encyclica Rerum novarum und auf einen Brief, den er unlängst an den katholisch-sozialen schweizerischen Nationalrath Decurtius geschrieben hat. Wir wollen diesen Brief, den sämtliche ultramontane Organe als besondere sozialpolitische Offenbarung anpreisen, von dem Phrasenwerke entkleiden.

Thun wir dies, so finden wir bloß eine Forderung im Interesse der Arbeiter, nämlich die nach einer internationalen Gesetzgebung zum Schutze der Frauen und Kinder und nur dieser. Daß hierauf die katholische Kirche irgend einen Anlaß hat, stolz zu sein, läßt sich süglich nicht behaupten, ist doch diese Forderung schon fast ein halbes Jahrhundert alt, und sind doch die Hauptvertreter derselben der schweizerische Bundesrath und die Sozialdemokratie gewesen. Lange nach den Sozialdemokraten, die eine viel weitergehende internationale Regelung des Arbeiterschutzes forderten, nahmen die Ultramontanen diese Forderung auf. Dies kann auch den Arbeitern, welche sich noch im Schlepptau der Zentrumsparthei befinden, nicht verborgen bleiben und deshalb wird der dürftige sozialpolitische Inhalt des päpstlichen Briefes nicht die beabsichtigte Wirkung ausüben. Dann wird selbst so mancher katholische Arbeiter darüber lächeln, daß der Papst sich die unlöbliche Aufgabe gestellt hat, den „alten Streit zwischen Dienstherrn und Arbeiter zu schlichten“, man muß auch lächeln, wenn man bemerkt, wie selbst die päpstliche Geheimkanzlei sich dem Einflusse der sozialdemokratischen Agitation nicht entziehen kann, denn sie läßt den Papst von der Ausbeutung des arbeitenden Volkes durch eine gewinnfüchtige Klasse sprechen. Daß der Papst auf die Wirkungen der christlichen Sittenlehre zur Hebung der sozialen Schwierigkeiten rechnet, gehört zu seinem Geschäfte und ist ihm nicht weiter zu verdenken. Aber es wird ihm dies alles nicht viel bei den ultramontanen Arbeitern nützen, die bald einsehen werden, wer ihre Interessen am besten fördern wird, ob der Papst in Rom oder ihre klassenbewußten Arbeitsbrüder.

Die ultramontane Sozialpolitik ist unfähig, die Arbeitermassen zusammen zu halten, sie kann wegen der entgegenstehenden Interessen der Grundbesitzer, Fabrikanten und Handwerksmeister den Arbeitern bloß leere Versprechungen machen und bestenfalls Kleinigkeiten bieten. Entscheidende Thaten für die Arbeiterklasse lassen sich allein von dem in der sozialdemokratischen Partei organisierten Proletariat erwarten.

Diese Erkenntnis bricht sich immer mehr Bahn, hat sie sich in der ganzen Arbeiterklasse durchgerungen, dann giebt es keine Macht der Erde, welche die Verwirklichung der sozialdemokratischen Forderungen verhindern kann.

### Feuilleton.

Verboten.

45

### Die Bekehrung André Havenay's.

Sozialistischer Roman von Georges Renard.

Autorisierte Uebersetzung von Marie Kupert.

Ich bemerkte Mabeu in Person. Er hat eine Art Bureau oder Komptoir in einem kleinen Café. Viele der sehr ehrenwerthen Wähler kommen hierher, um sich ihre Karte abzuholen. Sie erhalten fünf Franken und einen Stimmzettel. Man geleitet sie bis zur Urne, um sich zu vergewissern, daß sie unterwegs keinen anderen Zettel vernehmen. Dann kommen sie mit ihrer durchlochten Karte, die bezeugt, daß sie gestimmt haben, zurück und erhalten nochmals fünf Franken. Meine gestrige Berechnung war demnach falsch. Ein Wählergewissen kostet 10 Franken. Ich hatte also den Werth meiner Mitbürger um die Hälfte unterschätzt, und bitte sie nun demüthigt um Verzeihung deswegen.

In der Fabrik führt Dreisch den Vorsth, wie ich es vorhergesehen hatte. Alle, die ihm verdächtig scheinen, läßt er nicht aus den Augen, gerade wie früher in den Zeiten der Kommune, wenn er sagte: „Ergrüest die Leute dort!“ Aber sein Gesicht hellt sich allmähig auf. Alle Arbeiter sind zur Wahl gekommen und wenn er die Zettel leicht durch die Finger gleiten läßt, bevor er sie in die Urne versenkt, glaubt er auf dem Papier das unmerkliche Kennzeichen zu entdecken, das seine kleine Arbeit verräth.

Im Dorfe sind der Kutscher und der Hausdiener den ganzen Tag über auf dem Posten, der eine am Eingang, der andere am Ausgang der Mairie. Der mußte schon sehr geschickt sein, der sich ihrer Kontrolle entziehen wollte. Jeder mußte, er mochte wollen oder nicht, einen Stimmzettel für Herrn von Serenoize nehmen. Wie sollten sie es dann anstellen, um ihn fort zu werfen oder durch einen anderen zu ersetzen? Das nennt man geheime Wahl! In allen Dörfern der Umgegend findet eine ähnliche Ueberwachung statt. So sind denn alle strategischen Maßnahmen getroffen, und Mabeu wird sein Geld nicht ganz gestohlen haben.

Die ersten Resultate treffen ein. Sie sind ausgezeichnet. Im Dorfe sind 215 Stimmen für Herrn v. Serenoize, nur 8 für Philippeaur und 0 für den Sozialisten abgegeben worden. Man forscht jetzt nach, wer die drei Abtrünnigen gewesen sein können. Der Kutscher und der Hausdiener geben als solche übereinstimmend zwei Kaufleute und einen Tagelöhner an, die mit vorher zurecht gemachten Stimmzetteln zur Wahl gekommen waren. Eine verrätherische Vorsicht, für die sie verdienftermaßen bestraft werden sollen. Allen Leuten im Schlosse wird verboten, ferner noch irgend etwas bei den beiden Kaufleuten zu kaufen, und der Tagelöhner kann lange warten, ehe Herr von Serenoize ihm wieder Arbeit giebt.

Die benachbarten Dörfer haben auch gut gestimmt. Nur scheint die Popularität des Herrn von Serenoize in demselben Maße abzunehmen, als die Entfernung wächst. Je weiter die Gemeinden von seinem Aktionszentrum entfernt sind, desto weniger Stimmen erhält er in ihnen.

Die Resultate aus der Fabrik ließen etwas auf sich warten. Endlich erschien Dreisch sehr verlegen. Die Stimmen sehen sich hier so zusammen:

De Serenoize 155, Philippeaur 85, Jacques Denis 210.

„Ein wahres Sozialistenneß! also, noch dazu voll heimlicher Sozialisten, die ihren Streich ganz im Stillen vorbereitet haben! Dreisch kann sich nicht genug darüber wundern. Wenn man die Schuldigen wenigstens noch herausfinden könnte! — „Ihr müßt sie doch kennen, Ihr!“ ruft der Patron voll Wuth.

Und Dreisch sieht sich gezwungen, kleinlaut zu antworten. „Ach nein, Herr, an mir liegt es nicht. Sollten Sie es für möglich halten, daß diese vermaledeiten Arbeiter die Namen ihrer Stimmzettel auch mit Tinte nachgezogen hatten!“

Trotz dieses Kergers hat Herr von Serenoize um Mitternacht einen Vorsprung von 1000 Stimmen vor Philippeaur, dem einzigen Konkurrenten, den er wirklich fürchtete. Er fängt bereits an, bescheiden zu triumphiren. Nichts desto weniger glaubt er am besten zu thun, wenn er den Champagner, den er für den Fall des Sieges versprochen hat, zu morgen aufhebt.

Am 23. September. — Der Champagner wird nicht aus dem Keller geholt werden. Philippeaur ist in dem Wettlaufen um das Mandat als erster am Ziel angelangt. Er hat 6310 Stimmen, Herr von Serenoize nur 4520. Jacques Denis hat es auf 785 Stimmen gebracht. Also nicht einmal Stichwahl! Das bedeutet eine vollständige, nicht wieder gut zu machende Niederlage. Mabeu wälzt jede Verantwortung dafür energisch von sich ab. „Wir sind die Opfer,“ sagt er mit tragischer Miene, „eines in letzter Stunde ausgeführten Manövers, eines Verraths.“ Man hat uns unsere Leute abtrünnig gemacht. In zwanzig Ortschaften, da, wo ich nicht war, hat man hinterlistiger Weise fünfzehn



# Politische Uebersicht.

Berlin, den 17. August.

**Die Einfuhr von Heu und Stroh aus Rußland** ist für Preußen vom 25. August d. J. verboten worden, angeblich damit keine Viehseuchen nach Preußen eingeschleppt werden. Zuerst wird in der kritischen Zeit der Futtermittel- und Viehfuttermittel-Ausfuhrverbot erlassen. Nun wird der Trumpf eines preussischen Einfuhrverbots darauf gesetzt. Gründe sind so wohlfeil wie Brombeeren. Wie das Bedürfnis der Junker nach hohen Viehpreisen zu den Viehställen die Vieh-Einfuhrverbote schuf, natürlich nur aus Rücksicht auf die Seuchengefahr, das ist bekannt genug. Weßhalb heute so scharf vorgegangen wird, obwohl die kleinen Landwirthe die fremden Futtermittel sehr gut brauchen können? Heute, da die Futtermittel herrscht! Ist es eine neue Liebenswürdigkeit, die als Würze der Vorkriegs-Suppe zugeföhrt wird, die leider nicht die Gewaltthat, sondern die Wölfer auslösen müssen? — Wunderbar sind die Wege des preussischen Landwirtschaftsministers, der sich die Staatshilfe für Großgrundbesitzer und Domänenpächter lobt, den Kleinbauern aber die Staatshilfe verweigert, weil sie „entfittliche“. Herr v. Heyden ist ein musterhafter Staatsmann. —

**Die Tabakfabrikat-Steuer.** Im Monat September sollen Interessenten der Tabakbranche von seiten des Reichsschatz-Amtes nach Berlin berufen werden, um die Vorlage, betreffend die Einführung der Fabrikatsteuer zu prüfen. Es sollen Interessenten sowohl aus der Industrie und dem Tabakbau, als auch aus dem inländischen und ausländischen Tabakhandel an der Konferenz theilnehmen. Sollen die Berufenen ihr Ja und Amen zum Entwurf sagen? Und fern: gehören zu den Konferenzen die sicher doch auch an der Tabakfrage interessirten Tabakarbeiter? —

**Zum Falle Schröder** schreibt der fromme „Reichsbote“:

„... Strenge Disziplin muß ja beim Militär sein, aber solche raffinirten Quälereien, wie sie nach den obigen Mittheilungen in diesem Falle und nach anderen Nachrichten — wir erinnern nur an den Fall in Lübeck, wo ein halb wahn-sinniger Unteroffizier Monate lang seine Untergebenen in abscheulicher Weise quälte — wiederholt in anderen Garnisonen ausgeübt wurden, sollten nicht vorkommen. Auch die Unteroffiziere müssen an bestimmte, vorgeschriebene Strafformen gebunden sein und dürfen nicht selbst Strafen nach Belieben erfinden oder vorgeschriebene Strafformen nach Belieben in quälender Weise ändern, und wenn das trotzdem z. B. beim Nachzügeln oder Nachputzen geschieht, so müßte in strengster Weise dagegen eingeschritten werden. Das würde sicherlich auch geschehen, wenn die Offiziere es erfährten; denn in der Regel ergibt sich bei der Untersuchung solcher Fälle, daß die Offiziere selbst die beste Genugthuung gegen ihre Soldaten haben, daß sie aber von jenen Quälereien nichts erfahren haben. Und das kommt zumeist daher, daß die Mannschaften etwa von 7 Uhr Abends ab ohne direkte Aufsicht der Offiziere in den Kasernen leben, und in dieser Zeit kommen in der Regel solche Quälereien und „Schleiserereien“ vor, während man von solchen während des eigentlichen Tages- und Frontdienstes, wo die Offiziere dabei sind, selten oder nie etwas derartiges hört. Es besteht ja ein Kasernen- oder jour-Service, allein dieser beschränkt sich in der Regel nur auf die äußere Ordnung — und erstreckt sich nicht auf das, was in den Kasernenstuben vorgeht. Und so kann es vorkommen, daß dort allerlei — nicht bloß solche Quälereien — getrieben werden kann, was nicht gut ist. Die „Soldatenmißhandlungen“ kommen meist in diesen Stunden vor, und deshalb sollte die Militärverwaltung ihnen ihre besondere Aufmerksamkeit widmen.“

Der „Reichsbote“ ruft dann die Kirche zu Hilfe und hofft, daß die Militärgeistlichen hilfreiche Hand leisten könnten. Das ist gelinde gesagt naiv. Um dieses fressende Uebel zu heilen, muß der Krebschaden, aus dem es entspringt, der Militarismus mit glühendem Eisen ausgebrannt werden. Weiße Pfaffenjasbe und ähnliche Palliative nützen gar nichts, sie lenken nur von dem Kern der Sache ab. Wie es oft um das Eingreifen der Offiziere steht, wissen wir aus den vom „Vorwärts“ im Jahre 1892 veröffentlichten Erlassen des Prinzen zu Sachsen und des bayerischen Kriegsministers von Saffering. In gewissen Kreisen nimmt man die Soldatenmißhandlungen eben „kavaliermäßig“ leicht, und die Militärbezirksgerichte, die den Gemeinden mit drakonischen Strafen belegen, entscheiden dann, es handle sich um Schläge u. s. w. ohne daß Schmerz empfunden wurde.“ Die Tagespresse erörtert die Sache lebhaft und fordert Reform des Beschwerderechts und des Militär-Strasprozesses. Warum die „National-Zeitung“ und die geschwätzige „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schweigen? Bildet der Fall Schröder nicht einen

Frank angeboten, während wir nur zehn Franks bezahlten. So hat man uns mit dem Gewicht eines unerwarteten Uebergebotes erdrückt. Man hat uns mit Banknoten erstickt. Aber wir sind nur der Gewalt gewichen, und Herr Philippeaux wird ein hübsches Loch in seiner Kasse haben.“

„So tröstet sich ein Feldherr über eine verlorene Schlacht mit dem Gedanken an die Verluste, die der Feind erlitten, und mit dem Bewußtsein, seine Pflicht erfüllt zu haben. Wenig fehlte, so hätte er sich mit seinem Unglück noch drapiert und gerufen: „Alles ist verloren, nur die Ehre nicht!“ Ich täusche mich, seinen Aplomb hat er noch nicht verloren, denn plötzlich sagt er zu Herrn von Serenoize:

„Könnte man die Wahl Philippeaux nicht noch beanstanden wegen Wahlbeeinflussung? Ich würde Ihnen so viel Proteste besorgen, wie Sie wünschen.“

Aber Herr von Serenoize ist noch so bestürzt, daß er auf diesen genialen Vorschlag nichts erwidert. So muß Maheu, nachdem seine Forderungen beglichen sind, mit seiner Bande einen neuen Schauplatz auffuchen, auf dem er seine Talente entfalten kann.

Am 25. September. — Ich habe zwei Tage damit zugebracht, die letzten Rechnungen von der Wahl zu ordnen. Es sind noch eine Menge eingegangen für Schmausereien, die Maheu u. Ko. bei ihrer Abreise zu bezahlen vergessen hatten, für Druckkosten der Stimmzettel, der Plakate u. Wie schwer wird es Herrn von Serenoize, nach dem Scheitern seines Planes die Rechnungen zu bezahlen, die er mit Vergnügen bis auf den letzten Heller beglich, so lange die Hoffnung auf den Erfolg ihre großen Summen gering erscheinen ließ. Wie er jetzt darüber unterhandelt, wie er sie nach Möglichkeit zu beschneiden versucht! Wenn meine Berechnungen stimmen, muß Herr von Serenoize 110 bis 115 000 Franks dafür ausgegeben haben, daß er nicht gewählt worden ist.

bereden Epilog zur Annahme der Militärvorlage? Die Leser der Todtschweige-Organen könnten aus den Briefen doch mancherlei lernen? Und auch die „Germania“ schreibt — Die „Kreuz-Zeitung“ druckt gleichfalls — es wird ihr nicht leicht geworden sein — die Briefe ab und bemerkt dazu:

„Eine genaue amtliche Untersuchung der Angelegenheit wird nicht ausbleiben und dann wohl auch das Ergebnis zur Veröffentlichung gelangen. Zu bemerken ist vorläufig zweierlei: Die Briefe Schröder's datiren bereits aus dem vorigen Jahre; ob irgend ein Zusammenhang zwischen den damaligen Vorgängen und dem Selbstmord Schröder's besteht, ist nicht ersichtlich. Die Antwort des Hauptmanns an den Pflegevater beweist aber deutlich, daß Schröder, falls er begründete Ursache zur Klage gehabt und Beschwerde im Dienstwege erhoben hätte, auch zu seinem Rechte gekommen sein würde.“

Schröder hat nicht gewagt, sich zu beschweren trotz aller Hauptmannsbriege, über deren Bedeutung wir mit dem Junkerblatt nicht rechten. Und was den Zwischenraum betrifft zwischen den Briefen und dem Selbstmord, so hat der bibelgläubige Schröder eben lange geduldet und gekämpft, ehe er Hand an sich legte. Jedenfalls legen die Briefe des Todten Zeugniß ab von dem Schicksal, das des Bürgers im Waffentod unter Umständen harret. —

**Soldatenfreuden.** Aus Lübeck wird der „Frankfurter Zeitung“ unterm 14. August geschrieben: Einen sehr anstrengenden Marsch mußte am vergangenen Donnerstag, wie erst jetzt bekannt wird, das hier garnisonirende Bataillon des 2. hant. Infanterieregiments Nr. 76 machen. Es rückte Morgens kurz nach 5 Uhr aus, um sich in Tagemarsch nach Hamburg zu begeben, wo die Regimentserzertien heute ihren Aufzug nehmen. Trotz der sengenden Hitze befanden sich die Mannschaften bei Feld-marschmäßiger Ausrüstung im Tuchanzug und hatten in dieser Verfassung 4 1/2 Meilen zurückzulegen, ganz abgesehen von den Gefechtsübungen, die unterwegs vorgenommen wurden. In Oldesloe fielen von einer Kompagnie nicht weniger als 6 Mann um, und es bedurfte längerer ärztlicher Bemühung, bis es gelang, sie ins Leben zurückzurufen. Troßdem wurde in genannter Stadt nicht gerastet, sondern nach Blumentorf weitermarschirt, wo die ermatteten Truppen endlich Quartiere bezogen. Im ganzen sollen an diesem Tage 16 Mann unseres Bataillons umgefallen sein. Die Angelegenheit macht hier Aufsehen.

„Ihr rothe Bande habt mich in dem Saublatte blamirt. Aber ich will's Euch im Manöver schon zeigen; keinen Urlaub, kein Nachziehen giebt es.“ Also, schreibt die „Wurzener Zeitung“, und noch schöner redete vorigen Mittwoch jener Offizier in Wurz en seine Abtheilung an, von dem wir kürzlich berichtet hatten, daß — nicht ohne sein Verschulden — vor drei Wochen ein Soldat berart in den Graben stürzte, daß er noch heute im Lazareth liegt.“ — Hat der Offizier sich in der That also geäußert, so hat er damit seine — Bildung bekundet. —

Die Münchener Garnison genießt den Vorzug, eine neue Art Insubordinationsergehen — man möchte sie „Suppen-Insubordination“ nennen — gezeitigt zu haben. Eine beim Eisenbahnstationen-Offizierskasino angestellte Köchin stellte, wie die „M. Post“ berichtet, an die Obedienz, einen dem Bataillon entnommenen Soldaten, das Verlangen, ihr verschiedene Gegenstände, als Strümpfe, Hemden u. zu waschen, was der Soldat verweigerte. Hierwegen ist er mit 5 Tagen Arrest bestraft worden, welche Strafe in anständiger seiner guten sonstigen Führung auf 3 Tage herabgemindert wurde. Insubordination gegen eine Köchin eines Offizierskasinos und Bestrafung hierwegen, das ist die neueste hübsche Blüthe in dem Fruchtbouquet „Berlinerkolonien“. —

**Der Reservelieutenant in Tatar.** Im „Torgauer Kreisblatt“ Nr. 106 liest man folgenden Kirchenzettel: Stadtkirche. (Folgt sachlich die Ankündigung der Predigten des Superintendenten und des Archidiacons.) Schloß- und Garnisonkirche. Am Sonntag Rogate, Vormittags 10 Uhr, Gottesdienst. Herr Predigamtskandidat und Lieutenant der Reserve R. aus L. Diese unnöthige Verknüpfung von Kirche und Kaserne spricht ganze Bände. —

**Abgrenzung der Reichstags-Wahlkreise.** Die Verfügung des preussischen Ministers des Innern über die Abgrenzung der Reichstags-Wahlkreise datirt vom 12. Juli dieses Jahres und lautet der „Rheinisch-Westfälischen Ztg.“ zufolge:

„Bei den Wahlen zum Reichstage ist es vorgekommen, daß Veränderungen von Verwaltungsbezirken ohne weiteres auch für die anderweite Abgrenzung der Reichstags-Wahlkreise als maßgebend angenommen worden sind. Nach den gesetzlichen Bestimmungen ist dies unzulässig. Es wird deshalb auf den § 6 des Wahlgesetzes für den Reichstag vom 31. Mai 1869 aufmerksam gemacht, der

Philippeaux, der gewählt ist, wird wohl bis zu 150 000 Franks gegangen sein. Da soll man doch einfach zu der guten alten Zeit zurückkehren, in der man so und so viel Einkommen haben mußte, um gewählt werden zu können; das wäre wenigstens nicht ungerechter und weniger heuchlerisch. Denn ehrliche Wahlen sind da unmöglich, wo es Millionäre und Bettler neben einander giebt. Allgemeines Stimmrecht und dabei die denkbar größte Ungleichheit der Vermögen sind zwei Dinge, die sich nicht mit einander vertragen. Dieses wird jenes tödten, wenn jenes nicht dieses tödlet.“

Am 26. September. — Endlich gehöre ich wieder mir selbst. Heute Abend noch werde ich in Paris sein. Ich schließe hier mein Tagebuch, hoffentlich für immer. Jetzt werde ich lebenden Wesen meine Gedanken, meine Hoffnungen, meine Kummer mittheilen können. Ach! Die Zukunft verpricht mir mehr Schmerz als Freude zu bringen. Aber in der Nähe theurer Freundesherzen, die uns beklagen, zu leiden, ist beinahe eine Freude nach den langen, einsam und stumm in der Fremde getragenen Leiden.

## 15. Kapitel.

Mit Germaine ging es zu Ende. Sie verließ ihr Bett nicht mehr und, wie es so oft bei langen entkräftenden Leiden vorkommt, die langsam alle Lebensäfte aufgesogen haben, so glitt sie allmählig in den Tod hinein ohne Widerstand, ohne Klage, fast ohne Schmerz. Eine eigenthümliche Heiterkeit hatte sich ihrer bemächtigt. Einfältig und kraftlos, wie sie war, sah sie doch noch eine jener holden Erinnerungen hinterlassen zu wollen, die infolge einer Ironie der Natur den Schmerz über das Scheiden eines geliebten Wesens in der vollen Entfaltung seiner lebenswürdigen Eigenschaften noch erhöhen.

Sie lebte sich jetzt nicht mehr gegen ihr Geschick auf, sie war auch nicht mehr übelwillig gegen ihre Umgebung; friedlich löste sie sich vom Leben los, so wie man sich von

folgendes vorschreibt: „Ein Bundesgesetz wird die Abgrenzung der Wahlkreise bestimmen. Bis dahin sind die gegenwärtigen Wahlkreise beizubehalten, mit Ausnahme derjenigen, welche zur Zeit nicht örtlich abgegrenzt und zu einem räumlich zusammenhängenden Bezirk abgerundet sind. Diese müssen zum Zweck der nächsten allgemeinen Wahlen gemäß der Vorschrift des dritten Absatzes abgegrenzt werden.“ Diese Bestimmung behält das Recht, den Territorialbestand eines Wahlkreises, wie er entweder zur Zeit des Erlasses des Gesetzes vom 31. Mai 1869 abgegrenzt war oder auf Grund desselben durch das Verzeichniß der Wahlkreise vom 28. Mai 1870 (S. B. L. S. 289) neu festgestellt worden ist, zu verändern, ausschließlich der Reichsgesetzgebung vor. Der § 6 a. a. O. macht den Bestand der Wahlkreise keineswegs von dem unveränderten Fortbestehen der Verwaltungsbezirke abhängig, aus welchen sich die ersteren zur Zeit ihrer Feststellung zusammensetzten. Er hindert nicht eine spätere anderweite Abgrenzung dieser Verwaltungsbezirke, wenn dieselbe auf landesverfassungsmäßigem Wege angeordnet wird, aber ebenso wenig legt er einer derartigen landesrechtlichen Anordnung die Wirkung bei, daß durch dieselbe zugleich die Abgrenzung der Wahlkreise geändert werde. Die Bildung der letzteren ist lediglich Sache des Reiches. Dieser Rechtslage entsprechend sind auch in einzelnen Fällen bereits besondere Reichsgesetze zur Abänderung von Reichstags-Wahlkreisen ergangen. (N. O. B. 1878 S. 144 und N. O. B. 1876 S. 275). Bis zu einer anderweiten reichsgesetzlichen Feststellung hat es demnach bei der Abgrenzung der Wahlkreise zu verbleiben, wie sie in dem erwähnten Verzeichniß vom 28. Mai 1870 angegeben ist. Nach diesem Verzeichniß bestand der jetzige Wahlkreis Bochum-Welsenkirchen-Hattingen aus dem damaligen Kreis Bochum; wenn also bei der jetzigen und auch bei früheren Reichstagswahlen einzelne oder auch nur eine Gemeinde einem anderen Wahlkreise, ohne vorheriges Reichsgesetz, zugetheilt worden sind, so ist dies unzulässig, und dürfte schon aus diesem Grunde die angeordnete Reichstagswahl im Kreise Bochum-Welsenkirchen-Hattingen für ungültig erklärt werden, weil die Gemeinde Oberbonsfeld, ohne das solches durch Reichsgesetz sanktionirt worden, dem Wahlkreise Wittmann zugetheilt worden ist.“

Trotz der klaren Bestimmungen des Wahlgesetzes haben mehrere Verwaltungsbehörden in Preußen und Sachsen gegen das Gesetz gesündigt. „Schneidig“ sein heißt noch lange nicht gründlich sein. —

**Die nächste Volkszählung** wird voraussichtlich am 1. Dezember 1895 stattfinden. Offiziös wird geschrieben: Da es wünschenswerth erscheint, daß die für die Ausführung des Zählgeschäfts in Betracht kommenden Tage vom 30. November bis einschließlich den 2. Dezember bei der Ansetzung der Krant-, Vieh- und Jahrmärkte für 1895 marktfrei bleiben, so haben die Minister des Innern und des Handels die Oberpräsidenten ersucht, in diesem Sinne auf die Provinzialräthe einzuwirken und insbesondere die Bezirksbehörden wegen der Vorschläge zu den Marktterminen mit der erforderlichen Weisung alsbald zu versehen. —

**Die Wirthschaftliche Vereinigung**, jener in der ersten Tagung des neuen Reichstags gegründete Fachverein der Brotvertheurer und Volksauspöwerer, zählt nach einer Veröffentlichung des Verzeichnisses an Mitgliedern: 60 Konservativen, 25 Reichsparteiler, 18 Nationalliberale, darunter Dr. Emeccerus, Dr. Friedberg und Dr. Paasche, 6 Reformpartei- und 20 Hospitanten und Wilde, unter ihnen Graf Herbert Bismarck. Die Polen haben ihren Beitritt von dem Beschlusse abhängig gemacht, den die Fraktion fassen wird. —

**Die Antisemiten** liegen in schimpflichem Bruderkrieg. Der Liebermann von Sonnenberg schilt die Abwardianer und Böcklinge „Gesindel und Stalndal-Antisemiten“, die Böcklinge und Freunde des Rectors aller Deutschen antworten ebenso munter. Nun begründen die bayerischen Antisemiten ein eignes Grüppchen, die „bayerische antisemitische Volkspartei“, da der Berliner Bierbrot- und Rabau-Antisemitismus nur zu oft jeden Zug von geistiger Tiefe und sittlichem Ernst vermissen lasse.“ —

**Gegen das allgemeine Wahlrecht** laufen die Offiziösen Sturm. In ein russisches Blatt haben sie ein Artikelchen „lancirt“, das heute die „Nordd. Allgem. Ztg.“ wohlwollend abdruckt, mit der für ihren früheren Chef schmeichelhaften Bemerkung, das allgemeine Wahlrecht sei nicht „aus dem Zwange der Umstände“, sondern „aus politischer Inspiration“, was gar kraus und mystisch klingt, entsprungen und müsse, um dem Sozialismus den Wind aus den Segeln zu nehmen, rückwärts revidirt werden. Die frechen Huden, die an das allgemeine Wahlrecht tasten wollen, mögen sich merken, daß sich das Volk dies Recht nicht nehmen läßt. —

**Moderne Rechtsprechung.** Daß es in den Augen mancher Richter ein strafwürdiges Verbrechen ist, Sozial-

einer gleichgültig gewordenen Sache trennt. Die Neuigkeiten von außen schienen ihr aus einer fremden, fernen Welt zu kommen, von irgend einem Stern im Weltall. Sie mußte sich sogar anstrengen, um sich dafür etwas zu interessieren. Dann schloß sie schnell die Augen mit einer Miene, die zu sagen schien: Das alles liegt längst hinter mir. Beständig empfand sie ein unstillbares Verlangen nach Ruhe. Die Worte „ich bin so müde!“ waren fast die einzige Klage, die über ihre Lippen kam und die den Berstörungsprozeß der Krankheit in ihrem armen, garten, kraftlosen Körper verrieth.

Die einzigen Sorgen, die sie noch hatte, bezogen sich auf das geheimnißvolle Etwas, das dem Tode folgen soll oder auf das zukünftige Schicksal der wenigen Personen, die jetzt für sie die Welt waren. So erwachte sie z. B. aus einer langen, stummen Träumerei, um plötzlich ihren Bruder zu fragen:

„Sag' mir, André, Du der Du ja ein Mann bist, glaubst Du wirklich, aber aufrichtig, daß man aus dieser Welt in eine andere kommt, in der man noch weiter leben dürfte?“

André, der an das Fortleben der Persönlichkeit nach dem Tode nicht mehr glaubte, der jedoch fürchtete, in einer Sterbenden eine Hoffnung auf Glück und Gerechtigkeit zu vernichten, so haltlos diese Hoffnung auch sein mochte, verlor sich in unbestimmte, verwirrte, zögernde Aussprüche. Doch vermochten sie Germaine nicht zu täuschen, die, nachdem sie nachgedacht hatte, mit der bei Kranken so häufig vorkommenden Fähigkeit im Festhalten ihrer Ideen, von neuem begann:

„Du willst mit Deinen Ansichten schließlich doch sagen, daß man dann für immer ausruht? Das ist mir auch lieber. Mir ist alles so überdrüssig geworden!“

(Fortsetzung folgt.)



demokrat zu sein, und daß dieser Umstand genügt, einen Angeklagten, selbst wenn das unter Anklage stehende Vergehen gar nichts mit Politik oder der Parteistellung zu ihm hat, besonders hart zu bestrafen, davon liegt uns ein Beweis vor in einem Urteil des Jhehoer Schöffengerichts vom 16. Juni d. J. Die Anklage drehte sich um eine Nachtrichter-Beleidigung, deren unser Parteigenosse Hinsche in Lagerdorf sich dadurch schuldig gemacht haben soll, daß er als Zeuge in öffentlicher Gerichtsverhandlung seine Meinung dahin ausdrückte, der Nachtrichter B. habe bei einer nützlichen Ruheförderung die Störenfriede nicht, wie es seine Pflicht gewesen wäre, zur Ruhe gewiesen. Das Jhehoer Schöffengericht erblickte in dieser Aussage eine Beamtenebeleidigung und „aus diesem Grunde und des weiteren aus der dem Gerichte bekannten Thatsache, daß der Angeklagte einer der Hauptträdelsführer der Lagerdorfer Sozialdemokraten ist, schien dem Gerichte nur eine Gefängnisstrafe in der gedachten Höhe (14 Tage) eine ausreichende Sühne für diese Beleidigung zu sein.“

Hier ist also offen die Parteistellung des Angeklagten als Strafverschärfungsgrund in dem Urteil angegeben. Welche Empfindungen eine solche Rechtsprechung im Volke hervorrufen muß, brauchen wir nicht erst auszuführen. Wohl aber erinnert uns dieser Vorgang wieder an jenen Artikel der konservativen „Grenzboten“, der sich mit Vorgängen in unserem Richterstande beschäftigte und wo es u. a. hieß:

„Das gegenwärtige Richterthum wird von Tag zu Tag mehr von einem immer deutlicheren Ausblick nach oben beherrscht, wird doch auf alle mögliche Weise dem Einzelnen klar gemacht, daß mögliche Wohlgefallen bei den Vorgesetzten der sicherste Weg, aber auch die unerlässliche Voraussetzung für das bescheidenste Aufsteigen, ja selbst für die Vererbung an einen Ort ist, der bessere Lebensbedingungen bietet. . . . Praktische Tüchtigkeit, gediegene Leistungen auch auf dem Gebiete der Rechts- und Staatswissenschaften gelten entweder für nichts oder sogar für schädlichen Ballast.“

**Hygienische Kurse für Verwaltungsbeamte.** Der preussische Kultusminister hat genehmigt, daß an den hygienischen Instituten der Universitäten Breslau, Königsberg, Kiel, Berlin und Marburg für Verwaltungsbeamte hygienische Kurse in der Weise eingerichtet werden, daß sie, „soweit sich ein Bedürfnis dazu ergibt“ und die nächstgelegenen akademischen Aufgaben der erwähnten Anstalten es gestatten, von Zeit zu Zeit wiederholt werden sollen. Diesen Kursen, die auf 14 Tage berechnet sind, wird folgender Plan zu Grunde gelegt werden: Als Ziel wird erstrebt, den Teilnehmern durch Vorträge und Vorführungen einen Einblick in die ihren Wirkungskreis berührenden Theile der Hygiene zu verschaffen. Diesen Zwecken sollen die Sammlungen der Institute, sowie besonders der gesundheitlichen Einrichtungen der betreffenden Orte und ihrer Umgebung in möglichst ausgedehntem Maße nutzbar gemacht werden. Es wird sich dabei namentlich um folgende Gegenstände handeln: 1. Die allgemeinen Aufgaben der Hygiene, Sterblichkeitsstatistik, Krankheitsursachen, die krankheitsregenden Parasiten. 2. Boden und Wasser, Wasserversorgung im Großen, Filterbetrieb, Brunnenanlagen, Hausfilter. 3. Wohnungshygiene, gesundheitsschädliche Bestandteile der Luft, Ventilation, Heizung, lokale und zentrale Heizanlagen, Schulbauten, Krankenhäuser, Einzelbaracken, Arbeiterwohnungen, Gefängnisse. 4. Die Entfernung der Abfallstoffe, Kanalisation, Mieselwirtschaft, Kläranlagen, Abfuhrsysteme. 5. Volksernährung, Kost in öffentlichen Anstalten, Alkoholismus, Verfälschung der Nahrungsmittel, Fleischschau, Markt-polizei. 6. Die wichtigsten Theile der Gewerbehygiene. 7. Begräbniswesen. 8. Verhütung der übertragbaren Krankheiten. Das Honorar für diese Kurse ist auf 30 M. und 6 Mark für Institutgebühren festgesetzt.

Wenn endlich die Verwaltungsbeamten in den wichtigen Fragen der öffentlichen Gesundheitspflege unterwiesen werden, so geschieht damit Selbstverständliches, aber in unerhörter Weise bis heute Vernachlässigtes. Aber die Kurse sollten nur der Anfang einer Reform auf diesem Gebiete sein. Wenn das Reichs-Gesundheitsamt anstatt einer bürokratisch-verzerrten Behörde, worin mehr Juristen als Ärzte und Hygieniker sitzen, eine sozialpolitisch brauchbare Einrichtung wäre, so hätten wir einen Stern, um den sich nützliche Institutionen leicht kristallisieren könnten. Was heute zum Beispiel für Gewerbehygiene geschieht, ist durchaus unzureichend. Der Arbeiterschutz thut bei uns bis heute nur Unerhebliches. Wären unsere Gewerbeärzte Sozialpolitiker und Ärzte, anstatt Techniker und Offiziere a. D., so stünde es jetzt schon besser um diese Dinge. So lange die Gesetzgebung nicht die Hygiene in großem Stil behandelt, wird keine gründliche Besserung eintreten. Aber Reform heißt hier soziale Reform, Hebung der Lage des Proletariats. Und da geht der Klassenstaats-Politik allemal der Athem aus. —

**Der Tod des Grazer Fürstbischofs Zwerger** ruft längst vergangene Zeiten ins Gedächtnis zurück, die Zeit, wo der österreichische Liberalismus Oesterreich vom Konkordat, der entwürdigenden Unterwerfung des Staates unter die Kirche, befreit hat, wo er die konfessionelle Schule und die Noth-Hilfse eingeführt hat, ohne Kulturkampfpolitik im Bismarckschen Sinne zu treiben. Johannes Zwerger war einer der ersten, entschiedensten, rücksichtslosesten und wichtigsten Gegner dieser Politik. Er trat mit mehr Entschiedenheit noch als die anderen Kirchenfürsten für die weltliche Herrschaft des Papstes in die Schranken, er ward zum Organisator und Sprecher der Ultramontanen in der liberalen Steiermark. Dabei war er streitbar wie ein Jüngling und wahrte seine Unabhängigkeit im Gegensatz zu anderen Kirchenfürsten den Spitzen der Hierarchie gegenüber. Er konnte mit Genugthuung auf sein Wirken zurücksehen. Die Kirche hat sich in Oesterreich wieder ein gut Stück Boden zurückerobert, Ultramontane sitzen in der Regierung und der angreifende Theil des Liberalismus ist in Oesterreich wie im Deutschen Reich alterthümlich geworden. Die Kirche, ihre geistlichen und weltlichen Diener arbeiten jetzt mit Aussicht auf Erfolg als angreifender Theil und der Liberalismus ist unfähig zur Abwehr geworden. Derangewachsen ist unterdessen als neuer jugendkräftiger Gegner die Sozialdemokratie, welche mehr als der Liberalismus für die Abwehr der ultramontanen Bestrebungen gethan hat, die auf Wiedereinführung der konfessionellen Schule hinielt. Unzählige Versammlungen wurden zu der Zeit von unserer Partei einberufen, als dem Reichsrath der Antrag Liechtenstein vorlag, durch den die Konfessionslosigkeit der Schule abgeschafft werden sollte.

Der österreichische Episkopat betriegt heute nur noch aus Tradition den Liberalismus; den Hauptgegner seiner bildungs- und kulturfeindlichen Politik sieht er nicht mehr im Liberalismus, sondern im Sozialismus. —

**Schweiz.** Die Petition für das Recht auf Arbeit hat bereits 48 000 Unterschriften; man hofft in acht Tagen die noch fehlenden 2000 zu erreichen. —

**Der englische Grubenarbeiter-Ausstand.** Aus Leeds meldet Wolff's Tel.-Bureau unterm 17. August: Infolge der Vertheuerung der Kohlen macht die Great Northern Railway (die Große Nordbahn) die Einstellung von 30 Passagierzügen von und nach Leeds, sowie die Einstellung mehrerer Güterzüge bekannt. —

**Die Wahlreform in Holland.** Aus Amsterdam meldet Wolff's Telegraphen-Bureau unterm 16. August: Bei einer heute Abend hier abgehaltenen sozialistischen Versammlung wurde ein Antrag angenommen, in welchem die Haltung mehrerer Abgeordneter während der Debatten über die Wahlreform getadelt wird. Man beschloß, die Resolution dem Abgeordneten Rutgers von Rozenburg zu übergeben. Eine große Volksmenge sammelte sich vor der Wohnung dieses Deputirten an. Als die Polizei die Menge zerstreuen wollte, wurde sie mit Steinen beworfen. Hierauf zog die Polizei blank, und es kam zu einem Handgemenge, wobei ein Brigadier sowie mehrere Manifestanten verwundet und zwei Schutzleute entmännelt wurden.

Die Polizei wird wieder einmal, wie kürzlich bei einer anderen Gelegenheit in Haarlem, die Masse gereizt haben. —

Die zweite Kammer verwies die Besserungsanträge bezüglich des Wahlgesetzes an Sektionen, die am 21. September zusammentreten werden. —

In Spanien dauern die Steuerunruhen fort, so kam es in Morre (Provinz Sevilla) zu Unruhen. —

**Der serbische Ministerprozess.** Für das Richterkollegium in dem Prozesse gegen die ehemaligen Minister wurden in der Skupstina 8 Abstimmler und 8 Oppositionelle, theils Liberale, theils Fortschrittler, ausgelost. —

In Argentinien wird wieder einmal gepusht. Der Bundeskongress hat kurzhand den Belagerungszustand über die ganze argentinische Republik verhängt. —

## Parteinachrichten.

Eine sozialdemokratische Konferenz des Wahlkreises Aachen wurde am 13. Aug. in Aachen abgehalten. Vertreten waren 18 Ortsgruppen durch 50 bis 60 Genossen. Verhandelt wurde über folgende Gegenstände: 1. Rückblick auf die Reichstagswahl. 2. Organisation und Agitation. 3. Die Presse. 4. Beschädigung des Parteitagel in Würzburg. 5. Wahl eines Vertrauensmannes. 6. Verschiedenes. Als Partei-Organ für den Kreis wurde die „Frankf. Volksstimme“ anerkannt. Zu Delegirten für den Parteitag in Würzburg wählte die Konferenz die Parteigenossen Oppitz und Eppert. Zum Vertrauensmann wurde Eppert alsdann gewählt, zum Ersatzmann Hilpert aus Höffelten.

**Vom Kampf mit geistigen Waffen.** Der „Frankfurter Tagespost“ wird aus Geres im Fichtelgebirge berichtet: Daß die Gereser hohe Obrigkeit es versteht, mit „geistigen Waffen“ gegen die Sozialdemokratie zu kämpfen, hat das Verhalten derselben schon zu Ostern dieses Jahres bewiesen, als die Sozialdemokraten eine Parteikonferenz dort abhalten wollten, welche aber in letzter Stunde noch dadurch vereitelt wurde, daß man dekretirte: „daß der Saal ungeeignet sei“, und erst auf die Beschwerde zur Kreisregierung der Saal für geeignet erklärt wurde. Welche Zustände nun hier herrschen, möge unter andern die Thatsache beweisen, daß Genosse Schmidt seit der Reichstagswahl mehrmals vor dem Schöffengericht Verneinung zu verantworten hatte, welches seit zu gunsten Schmid's urtheilte, aber es scheint, daß es auch in unserm Oberamt nicht an Verurtheilungen fehlen darf, denn am 10. d. Mts. ist Schmidt wegen angeblicher Verurtheilung des Stationskommandanten Köhler zu acht Tagen Gefängnis verurtheilt worden. — Welch „harter Nerv“ übrigens der Herr Stationskommandant haben muß, beweist, daß er am Sonnabend Genossen Schmidt zur Rede stellte, wie er (Schmidt) sich unterziehen könne, vor seinem Hause zu hängen und zwar Nachts 11 Uhr!!! Da jedoch Schmidt zur selbigen Zeit schon längst zu Bett war, so ist doch mit aller Sicherheit anzunehmen, daß durch das Verhalten des Stationskommandanten, welchem sich auch, nebenbei bemerkt, noch der Herr Stadtschreiber Schuster und der Polizeidiener in würdiger Weise anschließen, es darauf abgesehen ist, die verhassten Sozi zu Anruherungen zu verleiten, gegen welche man dann mit aller Schärfe strafrechtlich einschreiten kann. Ob ein derartiges Vorgehen von der vorgehenden Behörde befohlen oder gebilligt wird, wissen wir nicht, aber das wissen wir, daß mit solchen Mitteln gegen die Sozialdemokratie nichts anzurichten ist und ist der Beweis hierfür schon bei letzter Reichstagswahl erbracht worden. Es kann uns ganz recht sein, wenn dadurch die Behörde selbst die ausgeübte Agitation für die Weiterverbreitung der Sozialdemokratie treibt.

**Ein amerikanisches Korrespondenzbureau für Deutschland.** Man schreibt uns aus Cleveland, Staat Ohio: Im Auftrage der hiesigen Sektion der sozialistischen Arbeiterpartei habe ich Ihnen das Folgende zu unterbreiten:

In den letzten Jahren hat sich die Einwanderung nach Amerika besonders aus deutschen Großstädten sehr vermehrt und ist dieser Strom noch immer im Wachsen begriffen. Naturgemäß befinden sich unter den Einwanderern sehr viele Genossen, und haben wir deshalb den Beschluß gefaßt, unter den Genossen dieses Landes eine Bewegung ins Leben zu rufen, welche den Zweck haben soll, solchen Mitproletariern, denen die alte Heimath zu enge wurde, vor ihrer Abreise drüben, wie nach ihrer Ankunft hier, mit Rath und Hilfe zur Seite zu stehen. Freilich steht hinter dieser unserer Absicht auch harter Egoismus, insofern, als wir diese ankommenden Genossen baldigst in den Parteidienst zu nehmen gedenken, aber gerade deshalb ist die Selbstsucht wohl auch verzeihlich. Es ist leider ein noch trauriger Ding, unsere Bewegung hier, gegenüber der deutschen; die Sektionen (mit Ausnahme weniger) blühen alle nur wie die Veilchen, d. h. im Verborgenen, und ist es für neuankommende Genossen im ersten, wohl auch im zweiten Jahre einfach ein Ding der Unmöglichkeit, sich zur Partei hinzuzufinden, die Städte sind alle sehr weitläufig gebaut und der Genossen wenige; — das ist hier in Cleveland wie auch in anderen Städten der Fall, wie uns verschiedentlich berichtet wurde. Solche Genossen, überhaupt wenn sie noch nicht genügend sattelfest sind, geben dann der Bewegung verloren und macht dies in der Summe einen stattlichen Verlust der Partei aus. Diesem Uebelstande ließe sich leicht und mit verhältnismäßig geringen Kosten steuern, wenn die Redaktion des „Vorwärts“ uns in dieser Sache Beistand leisten würde. —

Unser Plan, von dem wir uns sehr viel versprechen, ist kurz folgender: Wir veranlassen jede Sektion dieses Landes,

einen schreibgewandten Genossen zu bestimmen, der gewillt ist, mit angehenden Auswanderern in Deutschland in schriftlichen Verkehr zu treten, sie über Arbeits- und andere Angelegenheiten aufzuklären u. s. w.

Später, wenn die Sektionen stärker sind, könnte der Wirkungsbereich derselben erweitert werden, indem sie mittellose Genossen materiell die Reise erleichtern, — doch ist dies freilich noch Zukunftsbild und müssen wir vorläufig, wie alles, so auch dies, klein anfangen.

Wir hoffen nun, daß Sie uns hierbei unterstützen werden, indem Sie dafür sorgen, daß von Zeit zu Zeit, etwa alle vier Wochen, eine kurze diesbezügliche Notiz im „Vorwärts“ erscheint, welcher anhängend ein Verzeichniß der noch zu ernennenden Sekretäre folgt. Die deutschen Parteiblätter werden um Abdruck gebeten.

Wir glauben, daß in dieser Weise ein bedeutender Schritt vorwärts auf der Bahn der internationalen Solidarität gethan wäre, und wir wünschen und hoffen, daß diese Bitte nicht unfruchtbar an Sie gelangt ist. —

Sollten Sie von Vorstehendem Gebrauch zwecks Veröffentlichung machen wollen, so steht dem natürlich nichts im Wege und stehen vorläufig sowohl der unterzeichnete Sekretär für hier, als auch Genosse Gust. Fink für Detroit, Mich., Nr. 231 Russell wohnhaft, den Genossen zur Korrespondenz zur Verfügung.

Mit proletarischem Gruß  
Im Auftrage: Max Silz, Sekretär,  
62 Willet Str., Cleveland,  
State of New York, Amerika.

**Todtenliste der Partei.** An der Proletarierkrankheit ist am 15. August der Parteigenosse Menymer Albert Zöpffel in Zwickau gestorben. Zöpffel hat sich, trotzdem er jung an Jahren war — er starb 28 Jahre alt — in der politischen und gewerkschaftlichen Bewegung als thätiger und eifriger Genosse bewährt.

**Polizeiliches, Gerichtliches etc.**

In der Sitzung des Frankfurter Schöffengerichts vom 16. August wurde gegen den Parteigenossen Rahmenger von Wödelheim, der ein Strafmandat auf 5 M. wegen Verbreitung von Bebel's Rede über den Zukunftsstaat erhalten hatte, verhandelt. Genosse R. hatte Einspruch erhoben. Das Gericht sprach ihn frei, weil festgestellt sei, daß er die Schrift nicht auf dem Hausflur oder dem Vorplatz, was als öffentlich zu betrachten sei, sondern innerhalb der Wohnung abgegeben habe.

Die „Frankf. Volksstimme“ schreibt: So ganz ohne ist der Reichstags-Wahlkampf im Kreise Friedberg-Wüdingen auch nicht verlaufen. Die blaue Polizei konnte einige Anzapfungen über Tellerfassungen u. s. w., trotzdem alle Sammlungen zur Wahlzeit gestattet sind, nicht unangezeigt lassen, und ein schwarzer Polizist (aber kein Schornsteinfeger) brachte einen tüchtigen Genossen aus Oberwöllstadt 10 Tage ins Gefängniß, weil derselbe in einer öffentlichen Versammlung einem Herrn tüchtig heimleuchtete. Als der biedere Herr nämlich in der Klemme war, rief er aus, und später erfolgte Anzeige wegen Aergerniß-Erregung und groben Unzugs.

## Soziale Uebersicht.

**Achtung, Töpfer!** Auf dem Bau des Töpfermeisters Gustav Daber (wohnhaft in Riddorf), Berlin, Treckdammstr. 47, wurden 6 Kollegen, weil dieselben die Unterfüllung bezahlt verlangten, gemahregelt. Der p. Daber hat außerdem noch in Riddorf zwei Bauten, auf denen jetzt 14 Kollegen arbeiten, dieselben erklären sich mit den gemahregelten Kollegen nicht solidarisch. Die Kollegen werden nun wissen, wie sie sich demgegenüber zu verhalten haben. R. Töpfer, Gipsstr. 8.

**Achtung! Mäntelnäherinnen, Bügler, Stepper sowie Arbeiter und Arbeiterinnen der Herrenkonfektion!** Kollegen und Kolleginnen! Die Zustände in unserem Gewerbe, namentlich die Lage der Arbeiter und Arbeiterinnen der Damenmäntel- und der Herrenkonfektion wird von Tag zu Tag immer trauriger, so daß wir kaum im Stande sind, auch nur das Nothdürftigste zu erringen, selbst bei angelegentlichster 16—18 stündiger täglicher Arbeitszeit. Kollegen, Kolleginnen! Es ist dringend notwendig, daß wir uns aufrufen und gemeinsam berathen über die traurigen Verhältnisse in der Schneiderei. Zu diesem Zwecke findet am Montag, 21. August, Abends 8 1/2 Uhr, in Ruhmen's Salon, Schönhauser Allee 28, eine große öffentliche Versammlung der Arbeiter und Arbeiterinnen der Damenmäntel- und Herrenkonfektion statt. Unsere Kollegin Fräulein Agnes Wabnitz wird über die Lage der Arbeiter und Arbeiterinnen der Mäntel- und Herrenkonfektion sowie über die Bedeutung der Vereinigung referiren. Kollegen und Kolleginnen! Machen es sich jeder zur Pflicht, in dieser Versammlung zu erscheinen und Propaganda für dieselbe zu machen. Einladungs-Zettel zum Weiterverbreiten sind von heute, Freitag, zu haben bei Johann Gnab, Söminienstraße 124, Ruhmen, Schönhauser Allee 28, Ahlers, Zeitungspediteur, Hönigsbergstraße 11, Eingang Hönigsberg-Platz im Keller. Kollegen und Kolleginnen, die sich an der Verbreitung der Handzettel theilnehmen wollen, werden ersucht, sich am Freitag Nachmittag zwischen 5 und 6 Uhr, bei Ruhmen, Schönhauser Allee 28, zu melden.

**Agitationskommission der Schneider und Schneiderinnen Berlins.**

**Achtung, Lithographen!** Wie das „Hamburger Echo“ mittheilt, hat die Verlagsanstalt und Druckerei-Aktien-Gesellschaft, vormals F. F. Richter („Reform“), Große Bleichen, Hamburg, sich bereit erklärt, einen Theil der Arbeiten für die Kunst- und Verlagsanstalt von A. und G. Kaufmann in Brandenburg, deren Personal sich bekanntlich im Streik befindet, zur Ausführung zu übernehmen. Eine Anzahl Lithographien sind bereits in Hamburg eingetroffen. Das „Echo“ spricht die Erwartung aus, daß die in der Verlagsanstalt und Druckerei-A. G. beschäftigten Steinbrücker sich weigern werden, diese Arbeiten auszuführen, damit ihren Kollegen in Brandenburg der Sieg nicht erschwert wird. Ein Agent der Firma giebt sich in Hamburg große Mühe, Streikbrecher zu finden und nach Brandenburg zu schleppen.

Die Firma F. F. Richter wird in der Hamburgischen Bevölkerung nach Gebühr gewürdigt und hat, wie bei früheren Lohnbewegungen, so auch während des letzten Buchdruckereistreiks Proben ihrer ganz besonderen Arbeiterfeindlichkeit abgelegt.

Der Glasarbeiterstreik in Odense (Dänemark) dauert unverändert fort. Bis jetzt ist den Unternehmern nur die Heranziehung zweier deutscher Streikbrecher gelungen; im übrigen hat die internationale Glasarbeiterfellowship den dänischen Kollegen in jeder Weise ihre Solidarität bewiesen. Briefe und Sendungen sind zu richten an F. Hartmann, Vogelstraße 1, Odense (Dänemark).

## Deveschen.

**Privat-Telegramm des „Vorwärts“.**  
Hamburg. Bei der gestrigen Reichstagswahl erhielt Mollenbuhr (Sozialdemokrat) 16 535, Paritz (Kartellkandidat) 8309, Raab (Antisemit) 2261 Stimmen. Mollenbuhr ist also mit mehr als 5000 Stimmen Majorität gewählt.



Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

### Theater.

Freitag, den 18. August.  
**Leistung-Theater.** Das Recht zu lieben.  
**Froll's Theater.** Romeo und Julie.  
**Friedrich-Wilhelmstadt-Theater.** Fräulein.  
**Adolph Ernst-Theater.** Goldlotte.  
**Viktoria-Theater.** Frau Venus.  
**Alexanderplatz-Theater.** Das Damenbad.  
**National-Theater.** Lehmann auf der Weltausstellung in Chicago.  
**Apollon-Theater.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Kaufmann's Variété.** Spezialitäten-Vorstellung.

### National-Theater.

Große Frankfurterstraße 132.  
Gastspiel der badischen Kammer-  
sängerin Fräulein Adolphine Grimlinger.  
Sensationelle Novität!  
**Lehmann auf der Weltaus-**  
**stellung in Chicago.**  
Große Ausstattungspose mit Gesang  
und Tanz in 5 Aufzügen von Eugen  
Prudens. Kouplets v. Linderer.  
Musik von Adolph Wiedede.  
Regie: Max Saml.  
Kasseneröffnung 5 1/2 Uhr. — Anfang der  
Abend-Vorstellung 7 1/2 Uhr.  
**Im Garten auf der Sommerbühne:**  
Novität:  
**Wirkliches Wasser! Wirklicher Regen!**  
**Berlin unter Wasser**  
oder: „**Aeneas's Wasserkur**“.  
Poffe mit Gesang und Tanz in 2 Akten  
von Augustus. Regie: Hugo  
Dummel. Musik von Meyer.  
Vorher:  
**Chansonetten-Liebe.**  
Poffe mit Gesang in 1 Akt von Eugen  
Prudens. Regie: Fritz Schäfer.  
Vor, nach und zwischen den Possen:  
Auftreten von Spezialitäten 1. Ranges.  
**Neues Programm.**  
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

### Adolph Ernst-Theater.

Zum 63. Male:  
**Goldlotte.**  
Gesangspoffe in 3 Akten v. Ed. Jacobson  
u. W. Mannstädt. Kouplets theilweise  
von G. Görras. Musik von W. Steffens.  
In Szene gesetzt von Adolph Ernst.  
Auf. 7 1/2 Uhr. Lautenil 2,50 M.  
Der Sommergarten ist geöffnet.  
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

### Castan's Panopticum. Riesen-Schlangen-Familie

aus Carl Hagenbeck's Thierpark.  
Ohne Extra-Entree.



**Passage-Panopticum.**  
**Grösstes**  
Schau- u. Vergnügungs-  
Etablissement  
der Welt.  
Entree 50 Pf.

### Victoria-Bräuerei.

Lützowstraße  
111-112.  
Garten resp. Saal  
(außer  
Sonnabends)  
**Täglich**  
**Stettiner Sänger**  
Stets  
wechselndes  
Programm.  
Anfang  
Sonnt. 7 Uhr,  
Wochent. 8 Uhr.  
Entree 50 Pf.  
Vorverkauf.  
Billets Sonntags keine Gültigkeit.

### Moritz-Etablissement Moritz-Platz. Buggenhagen.

Täglich: **Gr. Garten-Konzert.**  
**Gr. Frühstücks- u. Mittagstisch.**  
**Spezial-Auschan von Vahenhofer**  
**Lagerbier,** hell und dunkel.  
Bei ungünstiger Witterung findet das  
Konzert in den unteren Restaurations-  
räumen statt.  
Entree Wochent. 10 Pf. Sonnt. 25 Pf.  
Säle für Versammlungen, Kommerze,  
Festlichkeiten etc.

### Königl. italienischer Circus Ernesto Ciniselli.

Stadtbahn-Station: Zoolog. Garten.  
Heute, Freitag, den 18. August:  
Abends 8 Uhr:  
**Gala-Sport-Vorstellung.**  
Ausgewähltes Programm.  
Zum 12. Male:  
**Die irische Bank,** Sprungszene, aus-  
geführt v. Springpferden 1. Klasse unter  
Sattel. 500 M. Prämie demjenigen,  
welcher mit eigenem Pferde die in  
dieser Pöcke ausgeführten Sprünge  
nachmacht. Offene Konkurrenz.  
Zum 42. Male:  
**Die Erschaffung des Weibes**  
oder:  
**Das Weib im Laufe der Jahrhunderte.**  
Gr. Ausstattungspantomime mit Ballet.  
Ferner Auftritte der vorzüglichsten  
Kunstreiter, Kunstreiterinnen, Clowns,  
Spezialitäten allerersten Ranges, sowie  
Reiten und Vorführten der bestbesetzten  
Schul- u. Freizeitspferde.  
Morgen, Sonnabend: Humor und  
Lachabend zum Besten der beliebtesten  
Original-Clowns Gebr. Woldemar.  
Ernesto Ciniselli, Direktor.

### Hippodrom unter Wasser. BERLINER HIPPODROM

Am Kurfürstendamm.  
2 Min. von Station Zoolog. Garten.  
**Große Gala-Vorstellung.**  
Reichhaltiges Programm.  
Olympische Spiele, Damen-Jockey-  
Rennen, Herren-Flachrennen, Hän-  
den-Rennen, Post mit je 4 Pferden  
geritten, Quadrige-Fahren etc.  
Neu! Neu!  
**The Original Three Johnson's.**  
Athleten und Kraft-Songleure.  
Nur noch kurze Zeit:  
**Am Strande von Ostende.**  
Gr. Wasser-Pantomime in 12 Bildern  
Im prachtvollen Park von 5 Uhr  
an: Großes Concert. Anfang der  
Vorstellung 8 Uhr. Preise der  
Plätze 4, 3, 2, 1, 0,75 M.  
Jeder Erwachsene hat das Recht  
ein Kind unter 10 Jahren frei  
einzuführen.  
Sonntag: 2 große Vorstellungen.  
Nachmitt. 5 Uhr, Abends 8 Uhr.

### Gratweil'sche Bierhallen

Kommandantenstr. 77-79.  
Täglich von 5 Uhr ab:  
**Grosses Frei-Concert**  
Solisten der Leipziger Hänger vom  
Königsplatz-Palast.  
Auf. Wochent. 7 1/2 Uhr. Entree 15 Pf.,  
referiert 25 Pf. Anf. Sonntags 8 Uhr.  
Entree 30 Pf., referiert 50 Pf.  
**Anerkannt gute Küche.**  
Säle für Festlichkeiten u. Versamm-  
lungen unentgeltlich. Carl Koch.

### Schweizer-Garten.

Am Königsthor.  
Gaststätte der Ringbahn.  
Heute, sowie täglich:  
**Extra-Vorstellung**  
mit neuen Spezialitäten.  
**Garreton-Troupe.**  
**Familie Grunatho.**  
**Emmy Bender.**  
**Max Grabow u. f. w.**  
Volksbelustigungen aller Art.  
Täglich:  
Entree 30 Pf. **Grosser Ball.**

### Ostbahn-Park

am Rüstiner Platz,  
Hermann Imbs.  
Rädersdorferstr. 71, am Ostbahnhof.  
**Täglich: Theater und**  
**Spezialitäten-Vorstellung.**  
Neu u. sensationell: Little Allons,  
der phänomenale Laviniensturz-  
künstler. The Moras, musikalische  
Excentric, 1 Dame, 1 Herr.  
**Troupe Metzetti,** Parterre-Akt.,  
2 Herren, 2 Knaben, 1 Mädchen.  
Emmy u. Reinhold Hintsche, Ge-  
fangs- u. Charakter-Quartett etc.  
Volksbelustigung jeder Art. 4 Regel-  
bahnen z. Verfügung. Kaffeetische  
geöffnet an Wochentagen von 2 bis  
6 Uhr, Sonntags von 2-5 Uhr.

Buchführung, Samml. einschl. Arbeiten,  
Buchstunden, u. halbe tageweise, über-  
nimmt bill. B., Buchhalter, Saarbrücker-  
straße 7, 1 Tr. links. 871M

Die Geburt eines munteren Mädchens  
zeigen hierdurch hoch erfreut an  
Friedrich Bach, Heilgehilfe, nebst Frau,  
1453b] Am Ostbahnhof 3.

Unserm Genossen **F. Dimmich** zu  
seinem heutigen Wiegenfeste die herz-  
lichsten Glückwünsche. 1456b  
Im Auftrage  
der bekannten Genossen: **W. Hl.**

Unserm Kollegen und Genossen, dem  
Puthahn **Heinr. Friebe**, zu seinem  
49. Wiegenfeste ein tausendfach don-  
nerndes Hoch, das in Charlottenburg  
die Kaiser Friedrich- u. Kantstr.-Ecke  
wackelt.  
Lieber Heinrich, sei heut gut,  
Bairisch-Bier, das giebt Mut.  
Wie mocht Väter Priese?

### Moabiter Gesellschaftshaus.

Alt-Moabit 80 u. 81.  
Täglich:  
**Theater- und Spezialitäten-**  
**Vorstellung sowie Concert.**  
Anfang 4 Uhr.  
Entree 30 Pf., referiert Platz 50 Pf.  
4127L\* **Helmuth Peters.**

### Neues Club-Haus

72. Kommandantenstr. 72.  
Empfehle meine **4 Säle** den  
p. v. Vereinen u. Gesellschaften zu  
Festlichkeiten, Commercen, Ver-  
sammlungen etc. 1244b

**Rixdorf.** 1451b  
Alle Freunde und Genossen ladet zur  
**Einweihung**  
meines Lokals am Freitag, den 18. August,  
ergebenst ein  
**A. Wurbs.**

**Wilhelmshöhe, Waltersdorf.**  
15 Minuten v. Bahnhof Erkner,  
an der Chaussee nach Kallberge-  
Rüdersdorf (nicht Schleiße).  
Saal für Versammlungen, Garten und  
Wald für 3000 Personen am Platen-  
See. — Kaffeetische täglich geöffnet.  
Um Besuch bittet  
4678L\* **Carl Gillmann.**

**Altes Schützenhaus,**  
Einienstraße 5, empfiehlt seine Festsäle  
(500 Personen fassend) zu allen Gelegen-  
heiten. 793b

### Sonderfahrt.

Diesen Sonnabend, den 19. August,  
Abends 10 1/4 Uhr von Berlin (Stettiner  
Bahnhof) nach Stettin per Eisenbahn.  
Von Stettin am Sonntag, 20. August,  
nach Rügen  
direkt  
**Stubbekammer**  
(Rhebe), per Dampfer „**Freia**“  
(größten Raddampfers Stettins,  
1600 Pferdekraft).  
Abfahrt Stettin 2 1/2 Uhr, Swine-  
münde 5 1/4 Uhr Morgens.  
Rückfahrt Stubbekammer nach An-  
ordnungen des Kapitäns, Sagnih (Hafen)  
2 1/4 Uhr Nachmittags. Fahrkarten  
Stettin-Rügen Swinemünde  
6 M., Stettin-  
3 M. für hin und zurück sind in Berlin  
am Schalter des Stettiner Bahnhofes  
Sonnabend, den 19. August, vor Abgang  
des Sonderzuges Abends 10 Uhr zu  
haben. 4695L  
Da nur eine beschränkte Anzahl Fahr-  
karten vergeben werden, empfiehlt sich  
ein vorheriges Lösen derselben in  
Berlin.  
Alles Nähere in Berlin durch die  
Anschlagstulen am Donnerstag und  
Sonnabend dieser Woche ersichtlich.

### Sophastoff-Reste

in Rippe, Damast, Cröypr, Fantasie,  
Gobelins, Plüsch und bunten  
Mocquets spottbillig!  
Proben franko!  
Berlin S.,  
Oranienstraße  
158.

### Arbeitsmarkt.

Lücht Zwicker und Absatzbauer ver-  
langt Pajung, Schiffsfabrik, Neue  
Maaßenstr. 21. 1449b  
Gesellen auf Jaquet's außerm Haupe  
verl. C. Boyer, Walbertstr. 20 I.  
Tüchtiger Zuschneider für Bau-  
tischlerei wird verlangt. 59/7  
Englische Straße 23c.  
Gesucht wird sofort ein 1448b  
tüchtiger Leder-Maler.  
Offenbach a. M., Geleitsstr. 29.  
Eine alte deutsche Feuer-Vers.-Gesell-  
schaft sucht für Berlin u. die Provinz  
thätige Haupt- u. Spezial-Agenten.  
Hohe fortlaufende Bezüge event. auch  
festes Gehalt werden zugesichert.  
Offerten unter O. P. 2 nimmt die  
Expedition entgegen. 1053b

### Achtung, Bauarbeiter!

Sonntag, den 20. August, Vorm. 11 Uhr, in Renz' Salon,  
Rauymstraße 27:  
**Große öffentliche Versammlung**  
sämtl. Bauarbeiter Berlins u. Umgegend.  
Tages-Ordnung:  
1. Unsere wirtschaftliche Lage. 2. Diskussion. 3. Bericht der Ver-  
trauensmänner. 4. Verschiedenes.  
Die Vertrauensmänner sind extra dazu eingeladen.  
Der Wichtigkeit der Tagesordnung halber ist das Erscheinen sämtlicher  
Bauarbeiter notwendig.  
126/10 **Der Einberufer.**

### Achtung, Töpfer!

Sonntag, den 20. August, Vorm. 10 1/2 Uhr, in Pankow,  
im Lokale „Zum Nordstern“, Wollankstr. 113:  
**Wander-Versammlung**  
des Vereins z. Regelung der gewerbl. Verhältnisse  
der **Töpfer u. Berufsg. Berlins u. Umg.**  
Tages-Ordnung: 825/3  
1. Vortrag, Diskussion. 2. Gewerkschaftliche Angelegenheiten.  
Die Kollegen vom Gesundbrunnen, Reinickendorf, Schönholz, Nieder-  
Schönhausen und Französisch-Buchholz werden ganz besonders zu dieser Ver-  
sammlung eingeladen.  
**Der Vorstand.**  
J. A.: Richard Topf, Gipsstr. 3.

### Achtung! Öffentliche Versammlung

der **Marmor- und Granit-Arbeiter Berlins**  
am Sonntag, den 20. August, Vorm. 10 Uhr,  
in Deigmüller's Lokal, Alte Jakobstraße Nr. 48a.  
Tages-Ordnung:  
1. Bericht des Delegierten der Gewerkschafts-Kommission. 2. Beschluß-  
fassung über den Zentralverband aller in der Steinindustrie beschäftigten  
Arbeiter. 3. Diskussion. 4. Verschiedenes.  
Die Wichtigkeit der Tagesordnung verpflichtet jeden Kollegen, zu er-  
scheinen.  
280/3 **Der Einberufer.**  
Hermann Fleischer, Manteuffelstr. 12.

### Verband der Sattler und Tapezierer. Versammlung

am Sonnabend, den 19. August, Abends 8 1/2 Uhr,  
bei Wiener, Alte Jakobstr. 83.  
Tages-Ordnung: 1. Vortrag. (Referent und Thema wird in der  
Versammlung bekannt gemacht.) 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
**Der Vorstand.**

### Gemischter Chor „Klarheit“

neubegründet für Süden, Südwesten und Westen.  
Sonnabend, am 19. August cr., Abends 7/8 Uhr,  
im Vereinslokale von Ostreich, Tempelhoferstraße Nr. 15:  
**I. Versammlung.** 159/13  
Sangesbegabte Damen und Herren finden freundliche Aufnahme.  
Übungstunde jeden Montag 7/8-11 Uhr Abends.  
Um rege Beteiligung ersuchend **Der Begründer.**

### Arbeiter-Bildungsverein Schmargendorf.

Am Dienstag, den 22. August, Abends 8 1/2 Uhr, im Wirthshaus  
Schmargendorf, Warnemünderstr. 6:  
**Grosse Mitglieder-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag über: „Die Astronomie und ihre Hypothesen“. Referent:  
Genosse **G. Branse.** 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
Gäste willkommen. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht  
428/5 **Der Vorstand.**

### Schöneberg. Freie Vereinig. der Bau- u. gewerbl. Hilfsarbeiter

Schönebergs und Umgegend.  
**Mitglieder-Versammlung**  
am Sonntag, den 20. August, Nachm. 1 1/2 Uhr,  
in Jacob's Salon, Brunenwaldstr. 110.  
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht  
121/12 **Der Vorstand.**

### Freie Volksbühne.

Zu den in der gestrigen Nummer genannten Zahlstellen kommen noch hinzu  
SW.: Alb. Böttcher, Zigarrenhandlung, Postenstr. 31, 690/17  
SO.: S. Bolter, Zigarrenhandlung, Packerstr. 53.  
Die Zahlstelle von Winkelmann ist Ackerstr. 153.  
Die Zahlstelle Nr. 23 ist bei Emil Dieke, Restaurant, Lothringenstr. 67.  
**Der Vorstand der Freien Volksbühne.**  
J. A.: Julius Türk, SW. Solmsstraße 24.

### Neue freie Volksbühne.

Sonnabend, den 26. August 410/6  
**Italienische Nacht**  
im Garten des Viktoria-Theaters.  
Billets à 30 Pf. (an der Kasse 75 Pf.), welche auch zur Vorstellung  
„**Frau Venus**“, soweit der Raum im Parterre reicht, gelten, an allen Zahl-  
stellen. — Referierte Plätze zur „**Frau Venus**“ zu ein Drittel des Kassenspreises  
nebst freiem Zutritt zum Garten werden nur bis Freitag, 25. August,  
an folgenden Stellen abgegeben: Wilh. Hagemann, Oranienstr. 144,  
Herm. Bobien, Kommandantenstr. 62, Th. Stampehl, Mariannen-  
straße 26, Chr. Schäffer, Manteuffelstr. 32, C. S. Wolter, Sträßenstr. 5.  
Zur **Generalversammlung** am Dienstag, 22. August, 7/8 Uhr,  
bei Joad, Andreasstr. 21, sind die neuen Mitgliedskarten vorzuzeigen.

### G. Superczynski, künstliche Zähne, Invalidenstr. 105, II.



## Lokales.

**Der Stadtgemeinde Berlin** ist gestattet worden, die zur Freilegung 1. der Mühlenstraße auf der Strecke vom Rummelsburger Platz bis zur Warschauerstraße, 2. der Straße 9 Abth. 14 des Bebauungsplanes von den Umgebungen Berlins auf der Strecke von der Warschauer- bis zur Gubenerstraße, und 3. der Hochstädterstraße erforderlichen, noch nicht im Besitze der Stadt befindlichen Grundflächen im Wege der Enteignung zu erwerben.

**Ein mächtiges Feuer**, bei dem drei Mitglieder der Feuerwehr schwer zu Schaden gekommen sind, wüthete gestern Vormittag 10¼ Uhr auf dem Lagerplatz der Firma F. Zimmermann und Sohn am Tempelhofer Ufer 94. Der große Lagerplatz, der sich bis zur Ludenwalderstraße ausdehnt, dient zur Stapelung von Nutholz, Mauersteinen und Zement. An der Front der Ludenwalderstraße erhebt sich die massive Mauer eines großen Schuppens, der im übrigen aus Holz konstruirt ist. Der Schuppen barg nach der genannten Straße zu größere Mengen Nuthölzer, dann folgte direkt anschließend der sogenannte Zementschuppen, der von der Seite freie Stapel Nutholz. Das Feuer ist dem Vermuthen nach im Zementschuppen entstanden, hatte sich aber aber im Nu, von einem scharfen Westwind angetrieben, über den ganzen Schuppen ausgebreitet, so daß der wirkliche Ort des Entstehens gar nicht mehr zu ermitteln war. Brandinspektor Reinhardt, der vom Depot in der Schönebergerstraße die hoch aufsteigenden Rauchfäden bemerkte, gab sofort „Mittelfeuer“, so daß von Anfang an ein großer Löschtrakt zur Verfügung stand. Die Gefahr war in der That eine ganz kolossale. Der ganze Platz bildete, als die ersten Jüge eintrafen, schon ein einziges Feuermeer, haushoch schlugen die Flammen empor und der heftige Wind trieb die feurige Gluth über die ganze Ludenwalderstraße hinweg, so daß der jenseits der Straße belegene Brennholz-Lagerplatz derselben Firma Feuer fing und nur durch energische Löscharbeit und nach Niederreißen des Zaunes gehalten werden konnte. Wäre die hohe massive Schuppenwand nicht gewesen, an eine Rettung des Platzes hätte nicht gedacht werden können und das Feuer hätte dadurch ganz ungränzte Ausdehnung gewonnen. Inzwischen waren nicht weniger als 16 Rohrleitungen in Thätigkeit gesetzt, 4 wurden von Dampfpipten, 4 von Druckpipten, 6 von Hydranten gespeist. Der Hauptangriff richtete sich gegen den Schuppen. Plötzlich bekam die Mauer desselben durch die Gluth eine Abweichung, dadurch verlor der ganze Schuppen seinen Halt, die Pfeiler brachen seitwärts aus und die aufgestapelten Holzmassen stürzten in sich zusammen. Der Feuermann Bandow von der 5. Kompagnie wurde von den umstürzenden Balken getroffen und gegen einen Wagen geschleudert, er erlitt schwere innere Verletzungen. Der Oberfeuermann Frädrich und der Feuermann Moritz von der 3. Kompagnie wurden unter den zusammenstürzenden Hölzern begraben, für den ersten Augenblick schienen beide verloren, zum Glück aber hatten sich die Bretter so aufgehängt, daß sie in einem hohlen Raum zu liegen kamen. Ihre Lage war trotzdem eine furchtbare, da sie sich rings von Flammen umgeben sahen und den Feuerlod vor Augen. Mit Energie wurden sofort Rettungsarbeiten unternommen, und nach vieler Mühe gelang es, beide den Flammen zu entreißen. Beide waren freilich arg zugerichtet. Moritz hat u. a. eine offene Knochenverletzung davongetragen. Dr. Mahmund legte die ersten Verbände an, dann wurden Bandow und Moritz nach dem Elisabeth-Krankenhaus, Frädrich nach der Wohnung überführt. Gegen Abend war die Hauptgefahr beseitigt, doch dauerten die umfangreichen Abblösungsarbeiten noch fort.

**Eine Familientragödie** hat sich gestern Morgen in dem Hause Wilhelmstr. 129 abgespielt. Im vierten Stock wohnte daselbst seit dem 1. April 1884 das Kaufmann Fränkelsche Ehepaar. Der Mann, Philipp Fränkel, am 19. August 1836 geboren, lebte mit seiner am 14. Mai 1836 gebornen Gattin, Pauline geborenen Mendel in kinderloser glücklicher Ehe. Er betrieb früher in der Mohrenstraße ein eigenes Geschäft, übernahm dann aber die sehr einträgliche Stelle eines Agenten für eine Posaamentenfabrik in Sachsen. Am vorgerückten Nachmittage kam eine Frau in die Fränkelsche Behausung, verweilte dort längere Zeit und hinterließ bei Frau Fränkel eine unverkennbare Aufregung. Was dort besprochen wurde, ist bis jetzt Geheimniß geblieben. Vorgeraten Abend gegen 8 Uhr sah der Schlossermeister Wolff, ein Sohn der Hauseigentümerin, das Fränkelsche Ehepaar nach Hause zurückkehren, wobei die sonst als sehr ruhig bekannte Frau durch lebhaftes Gerede kundgab, daß etwas Besonderes vorgehe. In der Wohnung erklärte Frau Fränkel dem Dienstmädchen Selma Wenzel, daß sie sich wegen heftiger Zahnschmerzen frühzeitig zur Ruhe begeben werde, und der Dienstherr beantragte die Magd, früh um 6½ Uhr an die Thür des Berliner Zimmers zu pochen, wo man schlief. Dies wurde pünktlich befolgt. Als von innen kein Lebenszeichen erfolgte, beruhigte sich die Magd, klopfte aber dann in Zwischenräumen wiederholt an, ohne Antwort zu erhalten. Jetzt wurde sie unruhig und versuchte auf einem anderen Wege das Schlafzimmer zu erreichen, fand aber alle drei auf den Korridor mündenden Thüren von innen verschlossen. Als darauf ein Dienstmann mit einem Briefe aus dem Hotel de l'Europe, ferner zwei Herren keinen Einlass finden konnten, ließ die Wenzel zum 35. Polizeirevier, daß die gewaltsame Öffnung der Wohnung veranlaßte. Man fand beide Ehegatten erhängt auf: die Frau an der Eingangstür vom Korridor aus, den Mann an derjenigen nach den Vorderzimmern. Fränkel hat seine Ordnungsliebe bis zum letzten Augenblicke gezeigt, indem er ein Verzeichniß seiner geringen Schulden auf einem Zische niederlegte. Daneben lag ein Zettel von der Hand der Frau, auf dem sie von einem Fräulein Therese Christlich Abschied nimmt. Außerdem war ein verschlossener Brief an Verwandte vorhanden. Kertzliche Hilfe konnte nichts mehr ausrichten; der Tod war schon seit vielen Stunden eingetreten. Die Beweggründe zur That sind noch nicht geklärt; man glaubt aber, daß Fränkel infolge Eingehens der Fabrik seinen Posten verloren hatte und den Tod einer ungewissen Zukunft vorzog.

**Selbstmord.** Gestern Abend gegen 1/20 Uhr stürzte aus dem Hause Prenzlauerstr. 38 aus der vierten Etage der Körper einer noch jungen Frau auf das Straßenpflaster hinab. Die Passanten waren starr vor Entsetzen, als sie den zuckenden Leichnam auf dem Trottoir erblickten. Wie sich herausstellte, war die Todte die Frau eines in dem Hause wohnenden Kaufmanns Hanke. Die Veranlassung zu der unglücklichen That konnte nicht festgestellt werden.

**Aus dem Juge** gestürzt ist am Dienstag Abend in der Nähe von Rummelsburg ein unbekannter Mann, welcher wahrscheinlich auf der Station aussteigen wollte und in schlaftrunkenem Zustande die Koppelthür geöffnet hat, weil er glaubte, der Zug, der soeben die Station verlassen hatte, halte noch. Der Unglückliche stieg mit dem Kopfe gegen die Mauer der Unterführung, taumelte zurück und gerieth, zu Boden stürzend, unter die Räder des Zuges, die ihn fast bis zur Unkenntlichkeit zermalmeten.

**Konfiszirt** wurde am Montag, den 14. d. M., die Nr. 32 des „Sozialist“ vom 5. August.

**Unglückliches Eheleben** hat zum Selbstmord des 33 Jahre alten Kellers Adolf Sognowski geführt. Die Frau hatte die gemeinschaftliche Wohnung Hiegelstr. 2 verlassen und bei ihrem Schwager B. in der Gartenstraße Unterkommen gefunden. Als gestern Morgen um 8 Uhr ein Bekehrer den Garten des letztgenannten Grundstücks betrat, fand er an dem Zaune hängend einen Leichnam vor, in dem Sognowski bald erkannt wurde. In einer Tasche fand man einen Brief an die Polizei, einen an die Frau und einen an einen Verwandten vor.

**Zwei Exemplare des Mammutbaumes** (Sequoia gigantea oder Wellingtonia gigantea), welche zwar in den letzten strengen Wintern nicht unbedeutend gelitten haben, aber doch den ihrer Art eigenen stolzen charakteristischen Habitus aufweisen, stehen auf dem Rasenplatz vor dem Palmenhaus des Botanischen Gartens zu Berlin. Die beiden Bäume wurden, wie der „Staats-Anz.“ berichtet, vor etwa 40 Jahren hier aus Samen gezogen und haben nun eine Höhe von über 20 Meter erreicht. Der Mammutbaum wurde erst 1850 auf der Sierra Nevada in Kalifornien von dem Reisenden Lobb entdeckt. Dieser kam in einen Hain, welcher sich zusammensetzte aus etwa 100 Exemplaren, alle mehr als 90 Meter hoch. Es befanden sich darunter aber auch solche, die über 110 Meter Höhe besaßen und einen Stammdurchmesser von 12 Metern aufwiesen. In einen umgestürzten hohlen Stamm konnte man 24 Meter weit hineinreiten. Den hervorragenden Bäumen hatten die Eingeborenen Namen wie Vater oder Mutter des Waldes, die Kinder, die drei Schwestern gegeben, und bei ihnen stand der Mammutbaum in großem Ansehen, da man glaubte, hier die größten pflanzlichen Lebewesen vor sich zu haben, welche nicht weit hinter den höchsten menschlichen Bauten zurückstünden. Obgleich nun dieser Baum noch an manchen Stellen der kalifornischen Gebirge aufgefunden wurde, zeigte er doch, da er nirgends in großer Menge auftritt, sein Holz sehr geschätzt wurde und ein einziger Stamm eine ungeheure Ausbeute ergab, nach kurzer Zeit eine so bedenkliche Abnahme, daß die amerikanische Regierung sämtliche Mammutbäume als Nationaleigentum erklärte und dieselben so vor der drohenden Vernichtung rettete. Der Baum hat sehr verschiedene Namen bekommen, besonders deshalb, weil die Amerikaner ihm gern den Namen eines ihrer Nationalhelden beigelegt hätten. Dieser prachtvolle Baum eignet sich bei uns, aber nur in wärmeren Lagen, sehr gut zum Zierbaum; leider werden ihm jedoch kalte Winter leicht gefährlich. Steht er dagegen geschützt oder kann er während des Winters gedeckt werden, so entwickelt er sich ausgezeichnet und gehört wegen seines auffallenden eigenartigen Buchses zu den geschäftigsten Koniferen. — Es mag noch erwähnt werden, daß die bei uns viel seltener gezeigte, dem Mammutbaum nächstverwandte, ebenfalls aus Kalifornien stammende Sequoia sempervirens fast ebenso hoch wird wie jener, der Stamm dagegen an der Basis oft einen noch viel bedeutenderen Umfang annimmt. — Seit mehr als zehn Jahren weiß man jetzt aber, daß der Mammutbaum an Höhe weit übertroffen wird von zahlreichen Eukalyptus-Arten Australiens. So kennt man von den Rieseneukalypten (E. amygdalina) Exemplare, welche über 150 Meter hoch sind und einen Stammumfang von 30 Metern besitzen. Diese Bäume verzweigen sich erst in einer Höhe von 70 bis 90 Metern, wo ihr Umfang noch 12 Meter beträgt! Die Riesenhaftigkeit eines solchen Baumes wird besonders auffallen, wenn wir bedenken, daß Bäume über 30—40 Meter Höhe bei uns schon zu den großen Seltsamkeiten gehören. Die Eukalyptusarten, auch australische Gummibäume genannt, haben für Italien schon eine große Bedeutung gewonnen, da man sie als die besten Fiebervertreiber schätzen gelernt hat. Am Lago Maggiore halten dieselben noch sehr gut im Freien aus, und es ist auch schon oft angegeben worden, daß sie bei uns Winter von 15 Grad Kälte unbedenklich überstanden haben. Ihre fiebervertreibende Wirkung verdanken die Eukalyptusarten vor allem ihrem kolossalen Wachsthum resp. der dadurch herbeigeführten reichlichen Wasserverdunstung. In Italien gelingt es auch wirklich, mit Hilfe zahlreicher Bäume ausgebreitete gefährliche Sümpfe zu entwässern. Es kommt noch hinzu, um den Werth dieser Arten zu heben, daß das Holz eine große Festigkeit besitzt und als Schiffbaumaterial außerordentlich geschätzt wird. Endlich liefern die Eukalyptusbäume in großer Menge ein viele kapitale Eigenschaften behaftendes Öl, welches auch in die Medizin Eingang gefunden hat. Auch von diesen Eukalyptusarten finden wir eine größere Anzahl im Botanischen Garten gezogen.

**Polizeibericht.** Am 16. d. M. Morgens fiel ein Mädchen vor dem Hause Kommandantenstr. 32 zur Erde und erlitt ansehend bedeutende innere Verletzungen, so daß es nach der Charitee gebracht werden mußte. — Auf dem Aklanischen Plage fiel nachmittags ein Mann von seinem in der Fahrt befindlichen Geschäftswagen und erlitt eine schwere Verletzung des Oberschenkels. — Im Laufe des Tages fanden vier Brände statt.

## Gerichts-Beitrag.

**Ein gegen den Direktor des „Reichs- und Staats-Anzeigers“** Dr. Hermann Ries gerichtetes Zwangs-Verechtigungsverfahren kam gestern vor dem hiesigen Schöffengericht zur Entscheidung. Der Redakteur des „Führers“, Louis Müller, stand in einer heftigen Preßfehde mit dem Leiter der Fahrwerks-Gesellschaft und wurde f. B. wegen Verleumdung verurtheilt. In dem Urtheil der vierten Strafkammer befand sich auch der Passus: in dem Reichs-Versicherungsamt bestche die Praxis, bei Revisionen den Versicherungsbeamten einige Tage vorher Anzeige zu machen. In Nr. 37 des „Führers“ vom 8. September v. J. wurde dieser Verleumdungs-Projekt des Reichs-Versicherungsamtes gegen Müller und Genossen einer Kritik unterworfen und die im Urtheil der Strafkammer erwähnte Praxis als ungeheuerlich bezeichnet. Auf Verlangen des Präsidenten des Reichsversicherungs-Amtes, B d e l e r, brachte darauf der „Reichs-Anzeiger“ eine kurze, ganz objektive Notiz, in welcher gesagt wurde, daß die von einem hiesigen „Blatte“ behauptete Praxis des Reichsversicherungs-Amtes nicht bestche. Redakteur Müller leitete nun ein Verechtigungsverfahren gegen den „Reichs-Anzeiger“ ein, welches aber vom Staatsanwalt, dem Oberstaatsanwalt und dem Kammergericht abgelehnt wurde. Herr Müller war damit nicht zufrieden, sondern schickte dem „Reichs-Anzeiger“ auf's Neue eine Verichtigung zu, in welcher er sagte, daß er seine Behauptung aufrecht erhalte und diese ja auch durch das Urtheil der vierten Strafkammer bestätigt werde. Der „Reichs-Anzeiger“ lehnte die Aufnahme dieser Verichtigung ab und es wurde deshalb die Anklage erhoben. Rechtsanwalt Dr. Sello erachtete das an den „Reichs-Anzeiger“ gerichtete Verlangen für ein unbilliges und unbegründetes. Thatsächlich habe die Strafkammer in ihrem Urtheile „Kasse“-Revisionen mit Revisionen verwechselt, die dazu dienen, um den Mechanismus der Nachhalterien und die organischen Einrichtungen der Versicherungs-Gesellschaften kennen zu lernen. Der § 11 des Preßgesetzes könne hier nicht Platz greifen, einerseits weil Redakteur Müller, dessen Zeitung gar nicht genannt worden sei, nicht als be-

theiligte Privatperson im Sinne des § 11 betrachtet werden könne, andererseits weil er garnicht eine Verichtigung mitgetheilte „Thatsachen“ verlangt hatte. Der Ausdruck „Thatsachen“ sei im § 11 ausdrücklich gewählt worden, um den Redakteur vor Chikanen zu schützen. Daß jemand „seine Behauptung“ aufrecht erhält, sei aber nur ein Urtheil, zu dessen Aufnahme im Wege des Verechtigungsverfahrens ein Redakteur unmöglich gezwungen werden könne. — Der Gerichtshof erkannte auf Freisprechung, da er nach dem Inhalte der Verichtigung den „Reichs-Anzeiger“ zur Aufnahme nicht für verpflichtet hielt.

**Ein eigenthümliches Erkenntniß auf grund des Preßgesetzes** fällt jüngst eine Strafkammer in Frankfurt a. M. Daselbst erscheint eine Wochenschrift „Die Sonne“, deren Herausgeber, ein früherer Lokal-Reporter, sich einen Strohmännchen hält, der als verantwortlicher Redakteur geizen muß. Nun hatte das Blatt, dessen Inhalt aus Klatsch und persönlichen Angriffen besteht, den Tod eines jungen Arztes und einer Krankenschwester, denen es ohne Grund sträfliche Beziehungen zu einander nachsagte, in einer so frivolten Weise besprochen, daß die Staatsanwaltschaft auf grund des § 184 des Strafgesetzbuchs wegen Verbreitung unzüchtiger Schriften Anklage erhob, und zwar nicht bloß gegen den verantwortlichen Redakteur, sondern auch gegen den Herausgeber und Chefredakteur. Gegen ersteren wurden 50 M., gegen letzteren 100 M. Geldstrafe beantragt. Der Gerichtshof dagegen sprach den Verantwortlichen frei und verurtheilte den Herausgeber Müller zu einer Woche Gefängniß. In der Begründung heißt es: Durch den Artikel werde die Sittlichkeit gröblich verletzt, er stelle sich also als unzüchtige Schrift dar, und es frage sich nur, wer als Verbreiter anzusehen sei. Die Thätigkeit des verantwortlichen Redakteurs der „Sonne“ bestehe nur darin, daß sein Name ein für alle Mal unter das Blatt gedruckt werde. Auf den Inhalt habe er keinen Einfluß, und er hätte auch die Aufnahme des anstößigen Artikels nicht verhindern können. Die maßgebende Person sei vielmehr der Herausgeber. Dieser habe zugegeben, daß er von dem Artikel Kenntniß hatte und seine Aufnahme in das Blatt veranlaßte. Demnach hat das Gericht seine Thätigkeit als festgesetzt erachtet, und damit ist er zugleich als der Verbreiter anzusehen. Er mußte sich auch bewusst sein, daß der Artikel geeignet ist, das Scham- und Sittlichkeitsgefühl in geschlechtlicher Beziehung gröblich zu verletzen, und da dieser Tendenz ernsthaft entgegenzutreten werden muß, so hat das Gericht nicht auf Geld-, sondern auf Gefängnißstrafe erkannt.

Das Urtheil bildet in preßrechtlicher Beziehung ein völliges Novum. Es muß daher erst abgewartet werden, ob es, da es voraussichtlich in die Revisionsinstanz gelangt, vom Reichsgericht bestätigt werden wird.

**Halle, 16. August.** („Saale-Ztg.“) Wegen eines in Höberitz vor mehreren Wochen vorgenommenen Streites zwischen Militär und Zivilisten, wobei das Militär von seinen Seitengewehren Gebrauch machte, sind zwei Soldaten zu sechs Monaten bezw. 45 Tagen Gefängnißstrafe verurtheilt worden.

## Soziale Ueberblick.

**Aufruf an sämtliche Bauhandwerker und Bau-Arbeiter** Berlins und Umgegend.

Wenn irgend etwas die Verderblichkeit und Unhaltbarkeit der heutigen Gesellschaftsordnung kennzeichnet, so ist es die absolute Rücksichtslosigkeit, mit welcher die Kapitalisten die Gesundheit und das Leben der Arbeiter gefährden, wo es sich um den Kapitalprofit handelt.

Um ganz geringer Vortheile willen besinnt sich ein Unternehmer keinen Augenblick, den Arbeiter Gefahren auszu-setzen, ihn Schädlichkeiten zu unterwerfen, welche seine Gesundheit zweifellos untergraben, ja im einigermaßen ungünstigen Falle sein Leben in ernste Gefahr bringen.

Dem gegenüber stehen die Behörden, die emsig herbeistehen, wenn irgendwo durch einige Arbeiter dem Unternehmerproffite eine Gefahr droht, meistens thatenlos, energielos, ohne irgend welcheiegung da. Werden die Behörden durch lauter Ruchlosrei der Arbeiter endlich doch genöthigt, die Uebelstände in Erwägung zu nehmen, so erfolgt allenfalls eine halbe, kaum wirksame Maßregel, die noch viel verliert durch die Art, wie sie ausgeführt wird.

Aus dieser Rohheit der Unternehmer, aus dieser Unthätigkeit der Behörden ergibt sich für einen Theil der Bauarbeiter, für die Studateure, Maler und Töpfer die Nothwendigkeit, alle Jahre in einen Kampf einzutreten, der eigentlich in jedem zivilisirten Staate ganz überflüssig sein müßte. Es ist das für Berlin die Fensterfrage und die Koalkfordfrage.

Man zwingt in roher Profitwuth die Arbeiter, die bei der Arbeit, um nicht behindert zu sein, ziemlich leicht gekleidet sein müssen, selbst in der stärksten Kälte in den feuchten Räumen der Bauten im vollen Zuge bei offenen Fensteröffnungen zu arbeiten, bis der immer strenger werdende Frost die Arbeit gefährdet. Dann zeigt sich, daß der Töpfermeister, der Studateurprinzpal, der keine Sorge für die Gesundheit der Arbeiter hatte, nun doch zärtlich besorgt ist für ein halbes Duzend Kadeten, für einige Stücke Gipsverzierung. Was ihm ein Menschenleben nicht werth war, das sind ihm die einige Groschen Profit werth, die das Ersrieren dieser Gegenstände ihm Kosten könnte.

Es erscheint dem Unternehmer nothwendig, das Ersrieren der Arbeiten — für die Arbeiter sorgt er nicht — zu verhindern, auch möchte er, daß der Bau im Winter schneller austrocknet, als es der Natur nach erfolgen kann. Er wird also den Bau heizen.

Darüber sei ihm kein Wortwort gemacht, wenn die Heizung so geschieht, daß die Gesundheit der Arbeiter dabei nicht gefährdet wird. Diese Rücksicht kommt dem Unternehmer aber nicht im Traume. Ofenrohre sind zwar vorhanden zur Abführung der schädlichen Gase, auch giebt es billige Ofen, die dem Zwecke vollkommen entsprechen, da sie aber einige kumpige Markttheurer als offene Koalkfordbe. Also wird der Unternehmer diese offenen Koalkfordbe wählen und sie zum Heizen der Bauten benutzen. Daß das austretende Kohlenoxydgas, die Kohlenäure, die brennlichen Gase der Lunge des Menschen, dem Nervensystem sehr schädliche, ja sogar tödliche Gifte sind, die die Gesundheit untergraben, das kümmert keinen Bau-Unternehmer, ob er Jude oder Christ ist. Es handelt sich ja nur um Arbeiter.

Die Polizeibehörde hat auf wiederholtes und sehr energisches Andringen der Arbeiter zwar einzelne Verfügungen erlassen, die diese unglücklichen Zustände, diese brutale Gefährdung der Gesundheit der Arbeiter verhindern sollen, allein die Verordnungen werden von den Unternehmern nicht beachtet, weil die Polizei nicht die erforderliche Aufsicht ausübt und die Arbeiter durch die Hungerpeinige getrieben gerade im Winter nicht die nöthige Energie zur Abstellung des Uebelstandes entwickeln können.

So, Kollegen, tritt denn auch in diesem Jahre an uns wieder, wie in allen Vorjahren, die Nothwendigkeit heran, Schritte zu berathen, die wir anwenden müssen, um unsere Ge-



Yundheit, unser Leben gegen die Profitgier der Unternehmer zu schützen.

Am Sonntag, den 20. d. M., Vormittags 10 Uhr, wird in den Kontordia-Sälen, Andreasstr. 64, eine öffentliche Versammlung sämtlicher Bauhandwerker und Bauarbeiter Berlins und Umgegend stattfinden (siehe Annonce), in welcher über die Frage der Fensterverglasung und der offenen Koalsfeuerung auf Bauten in Häusern, in welchen gearbeitet wird, gemeinsam beraten werden soll.

Es ist bezeichnend für die heutige Gesellschaft, daß wir alle Jahre diese selbe Frage im Spätsommer auf die Tagesordnung setzen müssen, daß wir immer wieder von neuem diesen Kampf aufnehmen müssen. Es geht aber doch nicht anders. So wenden wir uns denn an die Bauhandwerker und ersuchen sie, zu dieser Versammlung recht zahlreich und recht zeitig zu erscheinen, damit die gefassten Beschlüsse so viel als möglich als der Ausdruck der ganzen Bauhandwerkerschaft betrachtet werden können.

#### Der Ausführungs-Ausschuß.

An die Lagerhalter der Konsum- und ähnlicher Vereine! Die Protokolle vom Lagerhaltertag in Chemnitz sind zur Versendung gekommen. Sie enthalten: 26 schriftlich an den Lagerhaltertag eingereichte Berichte, welche Aufschluß über die Lage von 68 Lagerhaltern geben. Ferner die Forderungen der Lagerhalter und die geschaffene Organisationsform zur Durchführung des Verlangten. Wir ersuchen die Kollegen, ein Exemplar an die Vereinsverwaltungen abzugeben. Diejenigen Lagerhalter, welche das Protokoll nicht erhielten, ein solches aber wünschen, mögen ihre Adresse einreichen. Um Abdruck des vorstehenden werden die werthen Redaktionen der arbeiterfreundlichen Zeitungen gebeten.

Ernst Grenz, Vertrauensmann,  
Chemnitz, Louisestr. 8. II.

Ein Unternehmerstand ist, wie wir einer in der „Oberfelder Freien Presse“ veröffentlichten Mitteilung entnehmen, in Bongenberg, Kreis Wittmann, ausgebrochen. An diesem Orte, so wird unserm Partei-Organ geschrieben, der eine stark entwickelte Seidenindustrie besitzt und sich vornehmlich durch die Industrie ernährt, existieren seit ungefähr 90 Jahren drei größere Färbereien, auf welche die hiesige und benachbarte Industrie vielfach angewiesen ist. Laut Verfügung der königl. Regierung ist den Färbereien die Klärung vermittelst Kalk, welche Klärungsmethode auch jetzt noch in den drei Etablissements angewandt wird, vorgeschrieben und daraufhin gestattet, ihre Abwässer in die bei der hiesigen Stadt vorbeifließenden sogenannten Hardenberger und Deibacher Bäche laufen zu lassen. Wegen dieser Verfügung wurde seit Jahren nichts eingewandt, bis ein unterhalb der Färbereien wohnender Hofbesitzer die Entdeckung machte, daß seine Kühe das Wasser mit Widerwillen tranken. Eine eigentümliche Illustration der Behauptung des vorher erwähnten Hofbesitzers liefert der Umstand, daß derselbe für seine Ochsen anerkannter Weise in hiesiger Gegend bei den Wehrgern die höchsten Preise erzielt, ob dieses nun infolge oder trotz des Genusses der Bäche, entzieht sich unserer Beurteilung. Außer den Abwässern der Färbereien finden ein großer Teil der Fäkalstoffe hiesiger Stadt und der Schmutz verschiedener Wehrgereien ihren Abweg in den Hardenbergerbach, welcher sich mit dem Deibach vereinigt. Aus diesem Grunde ist es schwer zu konstatieren, welche Bestandteile des Baches den Ochsen Widerwillen einflößen.

Der erwähnte Hofbesitzer fühlte sich jedoch nicht desto weniger veranlaßt, den Beschwerdeweg gegen die drei Färbereien, welche doch nur zum Teil an der Verunreinigung der Bäche schuld sind, zu betreten. Auch der Besitzer eines kleinen Kupferwalzwerkes, welches ungefähr 15 Arbeiter beschäftigt, soll sich der Beschwerde angeschlossen haben. Inwiefern Färbereiwässer Kupferplatten Schaden zufügen, wäre doch auch für weitere Kreise interessant zu erfahren. Infolge jener Beschwerde wurde von der königlichen Regierung eine Kommission hierher geschickt, deren Vorsitzender ein junger, der Industrie scheinbar völlig fernstehender Regierungsassessor war. Der Besuch dieser Kommission hatte eine Weisung der königlichen Regierung an das hiesige Bürgermeisteramt zur Folge, nach welcher die Färbereien, falls das Wasser nicht ganz klar ablässe, täglich mit 80—100 M. oder höher in Strafe zu nehmen seien. Daß eine Färberei und zumal bei dem schlechten Gange der Industrie eine solche Mehrausgabe nicht ertragen kann und daß eine Klärungsmethode, welche das Wasser ganz klar ablaufen läßt, ganz enorme Kosten verursacht und gleichbedeutend sein würde mit der Unrentabilität der drei Etablissements, sollte doch den Herren, welche extra zur Beurteilung derartiger Angelegenheiten abgeordnet werden, einleuchten. Es scheint in gewissen Kreisen eine Antipathie gegen die Industrie Platz zu greifen! Aber was gerade anders als die Industrie ernährt die starke Bevölkerung unserer Gegend! Da aus den vorstehend erörterten Gründen die Färbereien nicht mehr im Stande sind, ihren Betrieb aufrecht zu erhalten, haben dieselben ihren Mehr als dreihundert Arbeiter und Angestellte in Ländgen müssen. Es hat sich daher der Arbeiter, welche in Langenberg wohl schwerlich eine andere Beschäftigung finden, eine begründete Aufregung bemächtigt. Mancher brave Arbeiter sieht mit Frau und Kindern frohlos in die Zukunft.

So die Einseitigkeit. So sehr wir anerkennen, daß Behörden die Pflicht haben, für Unschädlichmachung der Abwässer zu sorgen, so eigentümlich scheint man denn doch in diesem Fall vorgegangen zu sein. In heutiger Zeit ist der Arbeitslose dem Hunger überliefert, und eine Behörde sollte sich sehr bemühen, bevor sie einigen Ochsengrafen vielleicht zu Liebe zu einer Repressalie den Anlaß giebt, durch welche 100 Arbeiter aus Straßenpflaster geworfen werden.

„Organisation der Konsumenten“ als Waffe gegen die Ausbeutung der Arbeiter, das ist, wie wir aus der amerikanischen Arbeiterpresse erfahren, der neueste, im Lager der „Knights of Labor“ (Ritter der Arbeit) zur Verhandlung stehende Vorschlag. Das heißt, neu ist er eigentlich nicht; er ist schon im Jahre 1887 von einem Führer der „Knights“, Henry Bedmeyer, gemacht worden, als eine Reihe von Streikniederlagen die organisierte Arbeiterchaft zu entmutigen begann.

Was mit einer „Organisation der Konsumenten“ im Interesse der Arbeiterfrage nur gemeint sein kann, liegt auf der Hand:

Das Kaufen von Unionwaaren und das Nichtkaufen, vulgo: Boykotten von Stadwaaren! Soll systematisch organisiert werden, um dadurch auf die kapitalistischen Produzenten einen nachhaltigen Druck im Interesse der Arbeiter auszuüben. Die Vertheidiger des Systems meinen, der Angriff mit dieser Waffe treffe das Fabrikantenthum empfindlicher als Streiks, und das System habe den großen Vorzug, seitens der Arbeiter weder Kosten noch sonstige große Opfer zu beanspruchen.

Das klingt sehr plausibel auf den ersten Blick, und doch ist kein Vorschlag unpraktischer, schwerer durchführbar, unzuverlässiger, als gerade dieser.

Unser New-Yorker Partei-Organ übt daran folgende Kritik: Wenn es schon schwer ist, die Arbeiter zum Streik zu organisieren, der doch meist, wenn er zum Ausbruch kommt, eine natürliche Reaktion ist gegen den unmittelbar empfundenen Druck auf Seiten der ausgebeuteten Arbeiter — um wieviel schlimmer noch wird sich eine dauernde Organisation der Arbeiter — zum Gebrauch einer solchen, erst auf Umwegen wirkenden Waffe erweisen?

Selbst anfangs mit fanatischer Begeisterung unternommene Boykotts, wenn sie nicht unmittelbar von Erfolg begleitet waren, wurden von der Masse der Arbeiter regelmäßig sehr bald wieder fallen gelassen, weil sich die Arbeiter in ihrer Wehrheit auf eine längere Dauer selbst den Kleinen, durch den Boykott erforderlichen Beschwerden nicht unterziehen wollten — für andere, wie z. B. das

Weiterkaufen um einen Block nach einer nicht-geboylotteten Straßen-Gar oder nach einem Union-Bierplatz!

Aber auch abgesehen von der Unmöglichkeit, die Massen wirksam zur Ausführung dieses Systems zu organisieren, hat der Vorschlag noch einen anderen Fehler. Er wäre eine förmliche Prämie auf zwei abscheuliche Seiten der Arbeiterbewegung: auf ein widerwärtiges Spionagesystem, auf die gefährliche Denunzierei von Kamerad zu Kamerad, von Union zu Union und auf die heuchlerische, betrügerische Ausnutzung der Arbeiter als Konsumenten durch zwar nicht alle, aber sehr viele kleine Geschäftsleute, die sich kein Gewissen daraus machen, unter dem Schild der „Arbeiterfreundlichkeit“ und unter der Firma des „Union“-Geschäftes ihren Arbeiterkunden schlechten Schand für ihren Preis zu verkaufen! Die Mehrheit der New-Yorker Arbeiter, welche nach beiden Seiten hin ihre gründlichen Erfahrungen gemacht haben, wird uns darin beipflichten.

Es geht mit dieser projektirten „Organisation der Konsumenten“, wie mit anderen derartigen Palliativen, auf welche sich einzelne Arbeiter-Vorführer kaprizieren — sie können selbst ihr bescheidenes Ziel nur erreichen bei einmüthiger, anhaltender Solidarität der Gesamt-Arbeitermassen. Und haben wir es erst zu einer solchen Solidarität gebracht, nun, dann wären die Arbeiter doch wieder Thoren, wollten sie sich mit so bescheidenen Zielen begnügen.

Die Ursachen der Vermehrung der Betriebsunfälle. Die „Sächsische Arbeiter-Zeitung“ erhält aus nichtsozialistischen Kreisen eine Zuschrift, die die Gründe für die vielfach erörterte Vermehrung der Unfälle in folgendem angiebt:

„Die Gründe, die jüngst für die Vermehrung der Unfälle im Betriebe“ angegeben werden, veranlassen mich, darauf aufmerksam zu machen, daß man in den betreffenden Kreisen die Gründe vermuthlich nicht sehen will, denn ich kann kaum annehmen, daß unsere Rationalökonom, Fabrikinspektoren u. s. f. bei objektiver Betrachtung der Sachlage auf nur 10 Minuten über den bedeutendsten Faktor, der bei Beurtheilung der Frage nach „Vermehrung der Unfälle“ zu Grunde liegt, — um Zweifel sein können. Die Zahl der zur Entschädigung gemeldeten Unfälle bezw. der erhobenen Ansprüche auf Gewährung einer Rente hat sich seit dem Jahre 1889 in genau demselben Maße vermehrt, wie seit dieser Zeit die Gelegenheiten zum Erwerb, die Löhne u. s. herabgesunken, dagegen die Kosten der Lebenshaltung bedeutend gestiegen sind. — Daß ein Arbeiter muthwillig oder aus Bosigkeit seine gesunden Knochen riskirt, um nach unendlichen Scheitererien jährlich vielleicht 80 M. Rente zu erhalten, ist eine bodenlose Verleumdung und kann nur von Jemandem aufgestellt und verbreitet werden, der mit Arbeitern zu keiner Zeit im Verkehr gestanden, der sie als Geschöpfe niedriger Ordnung betrachtet! Nein, nicht dies ist die Ursache zur Vermehrung der entschädigungspflichtigen Unfälle, sondern die schlechteren Erwerbs- und Lebensbedingungen zwingen die Arbeiter, trotz aller Nothgeleien selbst eine geringe Rente mit allen Mitteln durchzusetzen, auf die sie bei besseren Arbeitsverhältnissen freudig verzichtet hätten. Daß die Zahl der Unfälle überhaupt relativ gestiegen, glaube ich nicht, kann mich aber zur Zeit hierüber nicht informieren. Sollte dies aber der Fall sein, so erscheint es mir nicht ungerathen, bei den aus Unachtsamkeit herbeigeführten Unfällen Gewicht darauf zu legen, wie lange der Verunglückte gearbeitet und in welchem körperlichen Zustand er sich zur Zeit des Unfalles befand, denn es ist nicht unwahrscheinlich, daß der ausgemergelte, ungenügend genährte Arbeiter einer Unfallsgefahr in seiner Schlafzeit eher erliegt, als ein anderer.

Aber noch ein Umstand ist auf die Vermehrung der Verletzung und Verurtheilung von sehr wesentlichem Einfluß. — Nicht die Unachtsamkeit und Tollkühnheit der Arbeiter — behaupte, sondern die zeitweilig unbegreifliche Rücksichtslosigkeit der „Vertrauensärzte“ in der Tagirung der verleblichen Erwerbsunfähigkeit und die Behandlung der Verletzten geben in der Mehrzahl den eigentlichen Grund zur Anrufung höherer Instanzen, in welchen trotz der „Gehemrathsmittelglieder“ zum Verdruß der Berufsgenossenschaft sehr oft eine für den Verletzten günstige Entscheidung erfolgt.

Und wer wagt es, unter diesen Umständen Steine auf die Arbeiter zu werfen, wenn sie sich bestreben, zu ihren Rechten zu gelangen?“

Familienprache der Schüler auf niederen Schulen. — Taubstummen-Statistik. Nach der letzten schulfachstatistischen Erhebung ergab sich, daß in Preußen von 5 188 283 Schülern der sämtlichen niederen Schulen 4 528 888 nur das Deutsche als Familienprache benutzten, während 655 947 Kinder oder 12% pSt. entweder eine nicht deutsche oder eine fremde und die deutsche sprachen. Von den 655 947 ausschließlich eine fremde Sprache sprechenden waren 495 023 polnisch, 23 808 dänisch, 12 665 lituanisch, 10 488 weißrussisch, 11 078 sonst slavisch, 3365 kassubisch, 2761 friesisch, 1546 wallonisch und 1030 hatten eine andere Sprache. Seit der vorletzten Erhebung (1886) hat die Zahl der ausschließlich eine nicht deutsche Sprache sprechenden Schüler um 2274 abgenommen, die der deutsch und eine fremde Sprache sprechenden um 2648 zugenommen. Da die Gesamtzahl aller Schüler in diesen fünf Jahren um 102 031 zugenommen hat, so ist der Antheil der fremdsprachigen nicht unerheblich gesunken. Im Jahre 1886 sprachen nur polnisch 503 084, 1891 noch 498 588 Kinder, dagegen deutsch und polnisch 1886 72 740, 1891 79 010, nur dänisch 1886 24 651, 1891 23 808, dagegen dänisch und deutsch 1886 1624, 1891 1888 Kinder. — Die Zahl der Taubstummen stellt sich im Verhältnis zur Einwohnerzahl bei den verschiedenen Nationen wie folgt: auf 100 000 Lebende kommen Taubstumme in der Schweiz 245,2, in Oesterreich 180,7, in Ungarn 126,8, in Schweden 102,8, in Preußen 101,9, in Finnland 101,8, in Deutschland (außer Preußen) 98,1, in Norwegen 86,4, in Portugal 74,7, in den Vereinigten Staaten von Nordamerika 67,5, in Griechenland 64,6, in Frankreich 62,6, in Dänemark 62,0, in Italien 53,7, in Spanien 45,9, in Belgien 43,9, in Holland 33,3. Die meisten Taubstummen sind jugendliche Personen.

Verschleppungen der Unfallsentschädigung. Daß man die Unternehmervördernde zu fast ausschließlichen Trägern der Unfallversicherung gemacht hat, dürfte wohl der Hauptgrund sein, daß die bei der Unfallversicherung unterliegenden Arbeiter mit so viel Schwierigkeiten in Erhebung ihrer Ansprüche zu kämpfen haben. Daß die Berufsgenossenschaften nur zu gern sich ihren Verpflichtungen entziehen mögen, ist vom Reichs-Versicherungsamt selbst anerkannt und auch oft reklamiert worden. Am schlimmsten aber sind die Arbeiter davon, wenn es zweifelhaft ist, bei welcher Berufsgenossenschaft der Arbeiter seinen Entschädigungsanspruch zu verfolgen hat. Dann können oft mehrere Jahre vergehen, ehe der Verunglückte zu seiner armenigen Entschädigung gelangt. Wenn schon für den gesunden Arbeiter die Mühseligkeit der Rechtsverfolgung fast der Rechtslosigkeit gleichkommt, so wird der im Dienste der Arbeit zum Krüppel gewordene geradezu dem Elend preisgegeben, wenn Jahre vergehen, ehe sein Entschädigungsanspruch festgestellt ist. Für die Berufsgenossenschaft allerdings entpringt daraus der reine Gewinn; das Elend und die vollständige Hilflosigkeit in den ersten Jahren nach dem Unfall bewirken oft, daß die endlich erstrittene Rente nicht zu lange die Berufsgenossenschaft belastet. Fast täglich werden uns Verschleppungsfälle mitgeteilt und werden wir in solchen zu Rathe gezogen. Einen Fall, der typisch ist, theilt der „Bauhandwerker“ mit.

Der als Maschinist in dem Restaurant „Pfeingold“ zu Bonn angestellte Arbeiter B. war in der Nacht vom 28. zum 29. August 1890 damit beschäftigt, den im Keller befindlichen Dampfkessel mit Wasser zu speisen. Beim Ausprechen des Hahnes sprang der Rücken heraus und der Arbeiter erlitt durch den ausströmenden Dampf eine schwere Verbrühung der rechten Hand

und des Unterarms. Der Arbeiter, welcher zunächst von der Orts-Krankenlasse zu Bonn unterstützt wurde, gab sich wohl Mühe, daß ihm nach Ablauf der Leistungen der Krankenversicherung die Wohlthaten der Unfallversicherung zu Theil würden. Allein, da der damalige Pächter des Restaurants den Unfall der Behörde nicht angezeigt, auch kurz nach demselben Bonn verlassen hatte, war er über den einzuschlagenden Weg im Unklaren. Da die Maschine zur Heizungsanlage gebietet hatte, wandte sich der Arbeiter zuerst an die Rheinisch-Westfälische Maschinenbau- und Kleinen-Industrie-Versicherungsgenossenschaft. Diese lehnte jedoch den Antrag auf Unterstützung ab, weil zur Zeit des Unfalles die Zentralheizung nicht betrieben worden sei. Weil nun die Maschine theilweise zur Erzeugung von elektrischem Licht gebietet hatte, wandte sich der Arbeiter hierauf an die hierfür zuständige Berufsgenossenschaft der Feinmechanik. Allein auch diese Genossenschaft lehnte das Gesuch ab, weil der Betrieb des elektrischen Lichtes am Tage des Unfalles bereits eingestellt war. Hierauf wandte sich der Verletzte an die Nahrungsmittel-Industrie-Versicherungsgenossenschaft, weil die Maschine auch zur Eisgewinnung diene. Letztere lehnte indessen ebenfalls den Antrag auf Unterstützung ab. Der so wiederholt mit seinen Gesuchen Abgewiesene ersuchte hierauf die dortige Aufsichtsbehörde, das Oberbürgermeister-Amt, eine Entscheidung zu treffen. Dies entschied dahin, daß die Nahrungsmittel-Industrie-Versicherungsgenossenschaft unterstützungspflichtig sei. Allein letztere lehnte sich nicht an diese Entscheidung, und der Arbeiter wandte sich an das Reichs-Versicherungsamt, welches der genannten Genossenschaft auftrug, sofort Stellung zu dem Unfälle zu nehmen. Die Genossenschaft entsprach dieser Anordnung auch insoweit, daß sie dem Verletzten einen einmaligen Rentenvorschuß gewährte, lehnte aber die Unterstützung im Prinzip ab. Der Arbeiter legte hiergegen Berufung beim Schiedsgerichte ein, welches aber zu gunsten der beklagten Berufsgenossenschaft entschied. Das Schiedsgericht war gemäß der Urtheilsbegründung der Ansicht, daß die drei vorhin genannten Betriebe nicht als selbständige, je einzeln versicherungspflichtige Betriebe der drei erwähnten Genossenschaften, sondern als Nebenbetriebe der für den Hauptbetrieb des Pächters in Betracht kommenden Genossenschaften anzusehen seien. Hierdurch wurde noch eine vierte Berufsgenossenschaft, die Brauerei- und Mälzerei-Versicherungsgenossenschaft, in die Frage hineingezogen, da damals in erster Linie die Aktienbrauerei „Pöblich“ in Dortmund Pächter der Restauration gewesen war. Allein auch diese Berufsgenossenschaft wies den Unterstützungsantrag ab, und das Schiedsgericht verwarf die hiergegen eingelegte Berufung.

Der Verlauf der Verhandlungen brachte den Arbeiter zuletzt in die höchst sonderbare Lage, gegen das Urtheil zweier Schiedsgerichte Berufung an das Reichs-Versicherungsamt einlegen zu müssen, obgleich beide Berufungen sich nicht gegen dieselbe Berufsgenossenschaft richteten. Das Reichs-Versicherungsamt hat endlich am 10. Juli d. J. die Nahrungsmittel-Industrie-Versicherungsgenossenschaft verurtheilt, dem Kläger eine dauernde Rente zu zahlen. Es ist ein dringendes Bedürfnis, daß der Gang der Unfalluntersuchungen und Rentenfeststellung in Zukunft erleichtert und abgekürzt werde.

Von der Versicherungsanstalt Mecklenburg empfangen im Jahre 1892 3176 Personen aus dem J. 1891 und 1017 Personen aus dem Jahre 1892, zusammen 4193 Personen Altersrente (A.) und 219 Personen aus dem Jahre 1892 Invalidenrente (I.). Die ältesten Renten-Empfänger sind im Jahre 1808 geboren. Von den Rentenempfängern sind 3719 Männer (9528 A., 191 I.), 693 Frauen (685 A., 28 I.), dem Romanium gehören 1464 (1879 A., 85 I.) an, den ritterschaftlichen Gütern 1551 (1476 A., 75 I.), den Städten und ihrem Gebiet 1397 (1398 A., 59 I.). Der Kapitalwerth der Renten beträgt für die im Jahre 1891 entstandenen Altersrenten 1 806 735,83 M., für die im Jahre 1892 entstandenen 494 474,99 M., für die im Jahre 1892 entstandenen Invalidenrenten 104 271,13 M., zusammen 1 905 484,45 M. Im Rechnungsjahre 1892 sind 1077 Rentenempfänger mit einer jährlichen Rente von 81 980,83 M. hinzugekommen, 352 Rentenempfänger mit einer jährlichen Rente von 25 534,04 M. abgegangen, so daß am Schluß des Rechnungsjahres 725 Rentenempfänger mit einer jährlichen Rente von 56 448,79 M. vorhanden waren, dazu kommen die 3048 Rentenempfänger aus dem Jahre 1891 mit einer jährlichen Rente von 231 602,72 M. Mitin ist der Gesamtbestand am Schluß des Jahres 1892: 3778 Rentenempfänger mit 268 049,51 M. jährlicher Rente.

MitIn bezieht jeder Rentenempfänger noch nicht 80 M. jährlich. O, die herrliche Sozialreform.

Die Ausstellung der Invaliditätsatteste für Arbeiter. Einen eigentümlichen Zweck soll eine Maßregel haben, die in verschiedenen Versicherungsanstalts-Bezirken in Kraft getreten ist. Ueber diese Maßregel wird in bürgerlichen Blättern berichtet:

Die Remunerierung der Ärzte für die von denselben auszustellenden Invaliditätsatteste zur Begründung von Invalidenrenten-Ansprüchen liegt bekanntlich grundfänglich den Antragstellern ob. Dessenungeachtet hat sich die Versicherungsanstalt entschlossen, für jedes ärztliche Gutachten dieser Art ein zusätzliches Honorar von drei Mark zu zahlen, wenn für betreffenden Invalidenrenten-Antrag sie selbst zuständig ist und der Arzt das Gutachten unmittelbar an die zuständige Verwaltungsbehörde abgibt, ohne dem Antragsteller Einsicht zu gestatten. Diese Vergütung der ärztlichen Mithewaltung soll die Bereitwilligkeit wie auch die Selbständigkeit und Genauigkeit der Untersuchung und Begutachtung seitens des Arztes sichern, und die Bedingung, daß nur für das vom Arzt direkt an die Verwaltungsbehörde abgegebene Attest das Zuschußhonorar gezahlt wird, den Ärzten die Freiheit der unbefangenen Aussprache gegenüber den Interessen des Antragstellers gewährleisten. So wohl die Ärztekammer der Provinz Sachsen, als auch der Ärzteverein des Herzogthums Anhalt haben sich mit dem Vorgehen der Anstalt einverstanden erklärt.

Hierzu bemerkt unser Bruderverband, daß „Volkblatt für Anhalt“: Die Ärzte sollen durch diese Einrichtung die Freiheit der unbefangenen Aussprache erhalten. Ohne den Ärzten in irgend einer Weise zu nahe zu treten, dürfte doch mit der Zeit sich die Wirkung dieser Einrichtung in einer den Arbeitern nachtheiligen Weise geltend machen. Die Arbeiter werden no. g. mehr das Vertrauen zu der „Krönung der Sozialreform“ verlieren, als wie es jetzt schon der Fall ist; außerdem werden dieselben den Ärzten mit mehr oder weniger gerechtfertigtem Mißtrauen entgegentreten, hauptsächlich denen, die in dem Rufe stehen, ihre Atteste direkt an die Verwaltungsbehörde einzusenden. Dazu kommt noch die verschiedene Anschauung der Ärzte über die Arbeitsunfähigkeit der Arbeiter; so könnten wir aus der Unfallversicherungs-Praxis einige Fälle anführen, wo einzelne hiesige Ärzte und auch auswärtige Professoren die Verunglückten immer noch für arbeitsfähig erklärten, während andere Ärzte den Mann für arbeitsfähig schrieben und dadurch den Wegfall der Rente veranlaßten, so daß erst das Schiedsgericht angerufen werden mußte. Uebrigens ist die von der Versicherungs-Anstalt Sachsen-Anhalt getroffene Maßregel nach unserer Meinung vollständig ungeschicklich, da sie mit dem § 75 des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes in Widerspruch steht. Nach diesem Paragraph haben die Personen, welche eine Rente beziehen wollen, ihren dahingehenden Antrag unter Beifügung aller zur Begründung dienenden Beweismittel bei der zuständigen Verwaltungsbehörde einzureichen. Da nun das ärztliche Zeugnis mit zu den Beweismitteln gehört, so dürfte sich die obige Verfügung wohl mit Erfolg im Beschwerdewege anfechten lassen. Wir empfehlen deshalb allen Arbeitern, welche Anspruch auf die Invalidenrente machen wollen, bei Verweigerung des ärztlichen Zeugnisses bezw. Ein



reichung desselben direkt durch den Arzt sofort den Beschwerde-  
weg anzutreten.

**Arbeitslosigkeit und Arbeitsvermittlung in Industrie-  
und Handelsstädten.** Nach dem „Sozialpolitischen Zentral-  
blatt“ laßt das „Freie deutsche Hochland“ zu Frankfurt a. M.  
zu einer Besprechung über dieses Thema zu Anfang Oktober ein.  
Ort der Verhandlung ist Frankfurt a. M. Als Referate, die  
die Diskussionen einleiten sollen, sind in Aussicht genommen:  
Prof. Dr. Lönies (Kiel): „Der moderne Arbeitsvertrag und die  
Arbeitslosigkeit“; Karl Klotz, Bürgerausschussmitglied und Vor-  
sitzender des deutschen Tischlerverbandes in Stuttgart: „Arbeits-  
losigkeit im allgemeinen und Notstandsarbeiten“; Dr. E. Girs-  
berg, Beamter des rätischen statistischen Büreaus in Berlin:  
„Erhebungen über Arbeitslosigkeit“.

**Beschäftigung jugendlicher Arbeiter.** Durch den Jahres-  
bericht eines Fabrikaufsichters-Beamten ist es zur Kenntnis des  
Ministers gelangt, daß in einzelnen Fabriken den jugendlichen  
Arbeitern keine Vor- und Nachmittagspausen gewährt werden  
und daß hierbei die Ansicht vertreten wird, daß die Nicht-  
gewährung dieser Pausen ohne weiteres denjenigen Fabriken  
nachgegeben werden könne, welche die Beschäftigung der jugend-  
lichen Arbeiter unter Gewährung einer 1/2ständigen Mittags-  
pause auf die Zeit von 8 Uhr Morgens bis 4 Uhr Nachmittags  
eingeschränkt hätten. Diese Regelung der Beschäftigungszeit  
für jugendliche Arbeiter ist nur zulässig, wenn sie auf Grund des  
§ 139, Absatz II der Gewerbe-Ordnung von der höheren Ver-  
waltungsbehörde ausdrücklich gestattet ist, weil nach § 138  
a. a. O. den jugendlichen Arbeitern, die an Vor- und Nach-  
mittagen zusammen länger als 6 Stunden beschäftigt werden, in  
allen Fällen eine Vor- und Nachmittagspause gewährt werden  
muß und Abweichungen von der gesetzlichen Regel nur auf dem  
§ 139 a. a. O. vorgesehenen Wege zugelassen werden können.  
Da Unternehmer, welche die vorgeschriebenen Vor- und Nach-  
mittagspausen in Wegfall bringen, ohne die Genehmigung der  
höheren Verwaltungsbehörde eingeholt zu haben, sich strafbar  
machen, wird regierungsmäßig darauf aufmerksam gemacht, daß  
in allen Fällen der vorbezeichneten Art, sowie in anderen Fällen  
abweichender Regelung der Pausen, für welche die in der Aus-  
führungsanweisung vom 20. Februar 1892 unter F. IV. b. be-  
zeichneten Voraussetzungen vorliegen, die für eine solche Rege-  
lung notwendigen Anträge gestellt werden müssen, wo dies nicht  
geschähe aber die Vorschriften des § 138 zur Durchführung ge-  
bracht werden.

**Zur Lage der Bäckerei-Arbeiter.** Von dem Sohn eines  
Berliner Bäckereimeisters erhalten wir eine Zuschrift, in der er  
anknüpfend an die von uns kürzlich besprochene Statistik seine  
Erfahrungen wie folgt schildert:

Es giebt nach wie vor noch Schlafstube für Bäckergesellen,  
gegen die ein Schweinefall auf einem Gute ein Palast genannt  
werden kann. In den meisten Bäckereien ist es Gebrauch, daß  
zwei Gesellen in einem Bett schlafen, sowie daß die Hausknechte,  
wenn die Gesellen aufstehen und an die Arbeit gehen, sich ins  
erste beste Gesellenbett, das eben erst verlassen worden, hineinlegen.  
Vom Lästigen der Betten ist unter solchen Umständen natürlich keine  
Rede. Ebenso ist es mit der Beköstigung der Leute bestellt. Wir  
sind viele Bäckereien bekannt gewesen, wo die Gesellen pro Woche für  
Butter und Mehl eine Mark, also pro Tag etwas über 14 Pf.  
erhielten, wozu noch täglich 1 große einfache Weisse für 10 Pf.  
kam. Außer Kaffee des Morgens, der auch danach ist, erhielten  
die Leute ein Mittagessen. Dieses besteht entweder aus Kar-  
toffeluppe mit Fleisch, Brühkartoffeln oder sonst einer bräun-  
lichen Masse: von Gemüse einmal oder auch Braten oder gar Kompot  
keine Spur. Ein Bäckereimeister würde einen Schlagstock be-  
kommen, wenn ihm zugunsten würde, seinen Leuten auch mal  
Sonntags wenigstens Kompot zu verabreichen. Wenn nun der  
Geselle bei diesem Fraß nicht erkranken kann, na, dann muß er  
entweder diesen Arbeitslohn zur Hilfe nehmen, oder verrecken.  
Nun denke man sich dazu die schwere 12-14stündige Arbeitszeit  
in der heißen Luft, und man kann sich ungefähr ein Bild machen  
von dem Leben dieser armen Geschöpfe.

**Das Vorwärtsschreiten der Arbeiterbewegung in  
Ungarn** ist aus dem an den internationalen Kongress in Zürich  
erhaltenen Bericht in höchst erfreulicher Weise wahrnehmbar.  
Es haben darnach innerhalb zwei Jahren folgende Fachvereine ihre  
definitive Tätigkeit begonnen, und zwar in Budapest: Fach-  
verein der Tischler, Schneider, Schuhmacher, Drechsler, Buch-  
binder und verwandter Gewerbe, Hafner, Poliermeister,  
Goldarbeiter und Zimmerer. In Gründung begriffen sind  
dieselben Maler, Antreiber u. Büstenbinder, Maurer, Rothgerber,  
Modellschneider, Eisen- und Metallarbeiter-Fachverein. Freiburg:  
Tischler, Schuhmacher, Bäcker, Hafner, Schneider, Bauarbeiter;  
mehrere kleinere Gewerbe sind in Gründung begriffen. Arad:  
Tischler, Schneider, Schuhmacher, Büstenbinder und Fassbinder.  
Temesvár: Tischler und Schuhmacher, andere Branchen sind in  
Angriff genommen. Kronstadt in Gründung begriffen: Fach-  
verein der Schneider, Schuhmacher, Fassbinder. Debenburg:  
Schuhmacher, Schneider haben Statuten eingereicht. Hünfischen  
in Bildung begriffen: Ein Arbeiter-Bildungsverein, Fachverein  
der Schneider, Bergarbeiter. Kremnitz in Bildung begriffen:  
Ein Volks-Bildungsverein. In Miskolc sind Statuten für einen  
Arbeiter-Bildungsverein eingereicht. Neufahr in Gründung be-  
griffen: Fachverein der Schneider und Schuhmacher. Außerdem  
sind von verschiedenen Provinzorten Anfragen betreffs Gründung  
von Arbeitervereinen eingelangt und zeigt sich in dieser Hinsicht  
lehter Zeit ein besonders reges Leben.

**Der Untergang der Handweberei.** Wir berichteten jüngst  
über die traurige Lage der Handweberei im Handelskammerbezirk  
Schweidnitz. Der diesmalige Bericht der Handelskammer zu  
Sora bringt nicht minder interessante Nachweisungen über den  
Untergang der Handweberei: In den letzten fünf Jahren hat in  
und um Sora die Zahl der Handwebstühle um rund 1500 ab-  
genommen. Die Erzeugung, welche sowohl im sächsischen Erz-  
gebirge wie in den schlesischen Webereigebieten beobachtet worden  
ist, wiederholte sich auch hier: die Arbeit auf Handwebstühlen  
war so überaus unlohnend geworden, daß es den armen Leuten  
nicht länger möglich wurde, sich noch so bürstig zu ernähren;  
sie gaben daher ihre „goldene Selbständigkeit“ auf, und wandten  
sich entweder anderer Beschäftigung zu oder suchten Arbeit in  
mechanischen Webereien. Nicht mehr lange wird es dauern und  
die Handweberei ist ganz eingegangen.

**Ueber den internationalen Eisenbahnarbeiter-Kongress,**  
der am Sonntag in Zürich eröffnet worden, berichtet die „Neue  
Zürcher Zeitung“ folgendes: Anwesend waren 19 Delegierte aus  
England, Schweiz, Italien, Oesterreich, Dänemark und  
Frankreich. Beschlossen wurde zunächst die Errichtung eines inter-  
nationalen Sekretariats in Holland, mit dem die nationalen Sekretäre  
in fester Verbindung bleiben sollen. Sodann wurde einstimmig  
folgende Resolution angenommen: „Der Kongress fordert die  
Berufsorganisationen aller Länder auf, sowohl mit allen übrigen  
Mitteln, welche ihnen zu Gebote stehen und als zweckentsprechend  
erachtet werden, als insbesondere durch die Arbeitervertreter in  
den Parlamenten, dahin zu wirken, daß für die Angehörigen und  
Arbeiter der Transportanstalten der Arbeitstag auf acht Stunden  
festgesetzt und denselben eine vollständige ununterbrochene Ruhe-  
zeit von 36 Stunden eingeräumt werde. Von den 52 jährlichen  
Arbeitsstunden sollen wenigstens 17 auf den Sonntag fallen. Der  
gewöhnliche Güterverkehr soll an Sonntagen eingestellt werden.  
Die Ausführung dieser Gesetzesbestimmungen haben besondere  
Inspektoren zu überwachen, welche alljährlich über ihre Amts-  
tätigkeit Bericht erstatten.“ Der Delegierte Italiens stellte weiter  
die Forderung auf, es solle von den Organisationen dahin gewirkt  
werden, daß die Angestellten und Arbeiter der Eisenbahnen die  
Eigentümer derselben werden. Hierüber ging der Kongress

zur Tagesordnung. Ein Schweizerischer Delegierter wollte  
die Einführung eines Minimallohnes von 4 Franks und  
ferner Aufstellung der Forderung auf Pensionsberechtigung  
vom 20. Dienstjahre an mit einer Minimal-Jahresrente  
von 1200 Franks. Diesem Antrag wurde ein anderer entgegen-  
gestellt, der einfach den gänzlichen Anfall an die allgemeine  
Arbeiterbewegung verlangt, welche die Altersversicherung durch  
den Staat, Abschaffung der Altkorarbeit, Minimallohn u. s. w.  
fordert. Schließlich einigte man sich dahin, daß dieser Gegen-  
stand vom nächsten Kongress zu behandeln sei. Kurzweg abgelehnt  
wurde ein Antrag der holländischen Delegation, wonach bei  
einem Kriegsausbruch sofort die Angestellten und Arbeiter der  
Eisenbahnen die Arbeit einstellen sollen. Dagegen wurde auf  
Antrag derselben Delegation beschlossen, daß die von den  
Organisationen mit mindestens zwei Drittel ihrer Mitgliedschaft  
beschlossenen Streiks moralisch und finanziell aus der inter-  
nationalen Kasse zu unterstützen seien. Als Ort des nächsten  
Kongresses, der im Oktober 1894 stattfinden soll, wurde einstimmig  
Paris gewählt.

**Reisbau in Italien.** Im Jahre 1892 waren in Italien  
197 827 Hektar Fläche mit Reis bebaut, 3188 Hektar mehr als  
im Jahre 1891. Geerntet wurden 7 260 034 Hektoliter, gegen  
1891 ein Mehr von 332 400 Hektolitern. Der Hektar Boden  
lieferte durchschnittlich 36,70 Hektoliter Reis, gegen 35,63 Hektol-  
liter im Jahre 1891. Die Reiseinfuhr sank von 339 429 Hektol-  
litern im vorhergehenden Jahre auf 12 021 Hektoliter im  
Jahre 1892, was natürlich auf die Höhe der Ausfuhr von Ein-  
fluß sein mußte. Trotzdem betrug diese noch 798 241 Hektoliter,  
gegen 804 745 Hektoliter im Jahre 1891. — Reis wird in Italien  
sehr stark verbraucht. Nach einer Statistik aus dem Jahre 1883  
stellte sich der Reisverbrauch pro Kopf in Deutschland auf 1,9,  
Frankreich 2,1, England 6, in Italien aber auf 22,8 Kilogramm  
jährlich. Die Urheimath des Reises ist Asien, und zwar China,  
Japan, Indien; man baut ihn noch in Afrika, Südeuropa und  
Amerika. Die Grenze seines Gebehens ist der 46. Grad nörd-  
licher Breite. Ueber 750 Millionen Menschen ernähren sich mehr  
oder weniger ausschließlich von ihm; er ist demnach die am  
meisten verwendete Nahrungspflanze.

## Verfassungen.

**Eine öffentliche Versammlung der Töpfer** tagte am  
16. August im Joel's Saal. Der Vertrauensmann, Kollege  
R e l z e r, erstattete den Kassenericht für die Zeit vom  
28. Mai bis 3. August. Mit dem Bestande von 678,91 M. be-  
trugen die Einnahmen 2001,61 M., die Ausgaben 490,90 M.  
und ist somit ein Bestand von 1510,71 M. vorhanden. Bekannt  
gegeben wurde, daß infolge Lohnänderungen die Kollegen auf dem  
Bau des Töpfermeisters D a b e r t (Hildorf) in der Treßdorf-  
straße die Arbeit niedergelegt haben und vor Zugung warnen.  
Nach die Arbeiter bei H a s e l e r führten Klage über nicht Inne-  
haltung des Lohnvertrages. Ein Antrag, die Versammlungen in  
Zukunft durch Säulenschlag bekannt zu geben, wurde ab-  
gelehnt, doch sollen sie von jetzt ab präzise 6 1/2 Uhr beginnen.  
Kollege K l e f f e warnte vor einem gewissen J a n a h  
S c h m i d t. Zur Fenster- und Kofenlohn-Frage referierte Regie-  
rungsbeamter K e s l e r und führte aus, daß von den Unter-  
nehmern, bei denen in allen Fragen nur der Kapital-  
profit ausschlaggebend sei, ein Entgegenkommen in dieser Frage  
nicht zu erwarten ist. Die Arbeiter hätten aber ein gutes Recht,  
Nichtnahme auf Leben und Gesundheit zu fordern und  
müßten sich diese eventuell erzwingen. Die schwere Arbeit im  
Bau lasse eine warme Kleidung kaum zu, und so werde der Bau-  
arbeiter durch die kalte Zugluft bald krank und stich. Trotzdem  
das jeder wisse, so zwinge ihn doch die Hungerpeitsche, unter  
allen Umständen zu arbeiten. Die Kofenheizung, die im Winter  
die Hindernisse des Wörkels ermöglichen solle, wirkt geradezu als  
Gift auf den Körper der Arbeiter. Die Bauhandwerker haben  
alles versucht, eine Milderung herbeizuführen, die Versuche  
schleierten jedoch an dem Indifferentismus der großen Mehr-  
heit. Der Polizeipräsident, an den man sich beschwerdeführend  
wandte, hat das Aufstellen von Kofenlöchern von einer Erlaubnis  
abhängig gemacht, doch fragt niemand nach dieser.  
In unserer Gesetzgebung ist hier eine große Lücke, indem sie den  
Arbeiter nicht vor Gefahren schützt, sondern die Behörden erst  
einfahren läßt, nachdem durch ärztliches Gutachten Schäden  
effektiv konstatiert sind. Die häufigen Bau-Unfälle beweisen, wie  
schlaflos gebaut wird, und wie wenig die Polizei in diesem  
Fache auf dem Posten ist. Es muß darauf gedrungen werden,  
daß die Behörden mehr als bisher ihr Augenmerk auf dergleichen  
Dinge richten. Eine am Sonntag stattfindende Versammlung des  
Bauhandwerker-Kartells werde weitere Schritte beraten. Die  
Studateure sind auch bei der Sache; die Maler wird es an-  
gesehen, daß die vielen Arbeitslosen unendlich, wenigstens sehr  
schwer, energisch eingreifen. Der Redner beleuchtete noch des  
ausführlichen den Wankenschwandel und Häuserwucher und  
empfohl zum Schluß auch in diesem Jahre der Frage mit Ent-  
schiedenheit näher zu treten. Die Kollegen T h i e m e, D a b a n z,  
K l a s s und Studateur S c h u l z äußerten sich ebenfalls im  
Sinne des Referenten und gelangte folgende Resolution gegen  
1 Stimme zur Annahme: „In Erwägung: daß ein energisches  
Eingreifen der Töpfer Berlin und Umgegend nötig ist, um  
das Unternehmertum zu zwingen, den Kollegen eine zureichende  
Arbeitsstätte zu verschaffen, beschließt die Versammlung, auch in  
diesem Jahre mit aller Energie, eventuell durch Streik, für diese  
Forderung einzutreten. Für die Kofenlohnfrage, welche durch  
Polizei-Verordnung geregelt, ist wieder wie im vergangenen  
Jahre durch Beschlüsse vorzugehen.“ Ferner nahm die gut-  
besuchte Versammlung einstimmig folgenden Antrag an:  
„Die Versammlung erklärt, genau wie in den Vorjahren beim  
Eintritt der rauhen Jahreszeit nicht ohne verlegte Fenster zu  
arbeiten, ebenso die die Gesundheit schädigenden offenen Kofen-  
löcher auf Arbeitsstätten mit allen Mitteln zu beseitigen,  
und beauftragt den Vertrauensmann, die nächste öffentliche  
Versammlung wieder mit derselben Tagesordnung einzuberufen,  
die dann weitere Schritte in dieser Angelegenheit beraten soll.  
Bezüglicher Antrag wurde damit begründet, daß man auch ohne  
Unterstützung der Maler und Studateure trotzdem die Forderung  
energisch betreiben werde. Mit der Errichtung eines ständigen  
Büreaus der Gewerkschaften erklärte sich die Versammlung ein-  
verstanden und wählte die Kollegen D a u b e r t und H a b a n z  
als Delegierte zur Gewerkschaftskommission. Es wurde abgedankt  
vom Kollegen D a u b e r t, daß vom Töpfermeister Rahm  
(Michaelisstraße) 6 Kollegen vom Bau in der Kofenlohnfrage  
entlassen wurden, weil sie sich weigerten, Kacheln ohne Entschä-  
digung abzuladen. Kollege P a r t u s c h führte noch an, daß von  
62 Töpfern des Töpfermeisters T e s c h 24 die Immobilien-Bank  
(Beipzigerstraße) auf 14 Tage Lohnminderungsabgabe und Ausbe-  
haltung der angelegenen Altkorarbeit verklagt haben, da der Be-  
auftragte der Bank, der sogenannte Baumeister W e i m a n n, sie  
vom Bau verwiesen habe, weil sie sich weigerten, Ueberflüssen  
zu arbeiten. Kollege T h i e m e geißelte scharf diese willkürliche  
Laune des sogenannten Baumeisters und gab den Kollegen einige  
Hinweise für ihr Verhalten. Nachdem noch S t e i n d r i c k die Un-  
kollegialität einiger Töpfer in Friedrichshagen kritisiert hatte,  
erfolgte Schluß der Versammlung.

**In einer öffentlichen Formerversammlung, welche am  
14. August bei Seefeld tagte, sprach der Genosse Forme-  
r A r s t e n über die Mißstände, die in bezug auf Waschkorrich-  
tungen, Umkleekabinen u. s. w. in hiesigen Fabriken herrschen.  
Es sei eine unbedingte Nothwendigkeit und ein bescheidenes Ver-  
langen, daß nach dieser Richtung hin Abhilfe geschaffen werde.  
Nach § 120 b habe der Unternehmer die Pflicht, für die nöthigen**

sanitären Einrichtungen Sorge zu tragen. Er empfehle des-  
halb der Versammlung, den Ausschuß der Gewerbegerichts-  
Beisitzer zu beauftragen, die nöthigen Schritte zu thun,  
um bei den hiesigen Fabriken diese Forderungen durchzusetzen.  
Nach kurzer Debatte wurde der Antrag einstimmig angenommen  
und Kollege Köstlin mit dem weiteren Verfolg dieser Angelegen-  
heit betraut. Zum 2. Punkt „Die Schädigung der Arbeiter durch  
das Submissionswesen“ referierte Kollege Linzer. Kollege Köstlin  
bemerkte, daß alle Gewerkschaften ein Interesse haben, das Sub-  
missionswesen zu beseitigen, da durch das Unterbieten der  
Unternehmer bei ihren Forderungen in aller-  
erster Linie der Arbeiter zu leiden habe. Jeder einzelne  
habe die Pflicht, durch Herbeischaffung von Material  
Schädigung der Arbeiter durch dieses System nachzuweisen.  
Im Sinne des Referenten sprachen Panitzke, Stobach und P e g o l d.  
Es wird schließlich beschlossen, den Gegenstand als 1. Punkt auf  
die Tagesordnung der nächsten Versammlung zu setzen. Als  
Vertrauensmann für den Norden wird Kollege Tauschel, wohn-  
haft Grenzstr. 4, gewählt. — Zu Punkt Verschiedenes nimmt  
der Bäcker Reichsmann das Wort, die Anwesenden auffordernd,  
für die Bäcker-Kontrollmarke einzutreten. Auf Antrag des  
Kollegen Köstlin wurde folgende Resolution angenommen: Die  
heutige öffentliche Formerversammlung erklärt sich mit den Be-  
strebungen der Bäckerarbeiter solidarisch und verpflichtet sich,  
dieselben nach Kräften zu unterstützen.

**Die Kranken- und Sterbefälle der Berliner Haus-  
diener** (S. 61) verhandelte nochmals in einer Versammlung  
am 8. August über das weitere Vorgehen der Kasse. Nach Er-  
ledigung einer Reihe geschäftlicher Angelegenheiten wird die  
Debatte über diesen Gegenstand eröffnet und sprechen für das  
Weiterbestehen der Kasse die Kollegen Wagenschuh, Utech und  
Wilhelm, für Auflösung derselben die Kollegen Gebert, Friedrich,  
Meier und Grauer. Auf Antrag Grauer beschließt die Ver-  
sammlung, sämtliche eingegangene Erklärungen zu verlesen. Da  
das Verlesen über eine Stunde in Anspruch nimmt, verläßt ein  
Theil der Mitglieder den Saal. Das Resultat ergibt: 206 An-  
wesende und 204 Nichtanwesende sind für das Weiterbestehen und  
307 Anwesende und 1 Nichtanwesender für Auflösung der Kasse.  
Hierauf beschließt die Versammlung auf Antrag O. Grauer,  
nochmals eine Abstimmung durch Handhochheben vorzunehmen,  
dieselbe ergibt 67 für Auflösung, 62 dagegen. Der Schriftführer  
Kollege Runge konstatiert, daß nach diesem Resultat die Kasse  
nicht aufgelöst werden könne. Der Kassirer macht die Mitglieder  
darauf aufmerksam, daß infolge dieses Beschlusses die Beiträge  
erhöht werden müssen. Die Versammlung war hierüber getheilter  
Meinung und einschloß man sich zum Schluß, noch eine weitere  
Versammlung einzuberufen. Diese findet am Dienstag, den  
22. August, bei Buggenhagen statt.

**In der Generalversammlung des Fachvereins  
der Tischler** sprach am 12. August Herr Dr. Heymann  
über das Thema: „Staat und Gesellschaft“. Der vom Kassirer  
gegebene Kassenericht ergab eine Einnahme von 69,40 M., dazu  
Bestand 4696,70 M.; dem steht eine Ausgabe von 243,22 M.  
gegenüber, mithin ein gegenwärtiger Bestand von 4521,88 M.  
Davon sind 4000 M. einstragend angelegt. Der Unterstützung-  
fonds hatte eine Einnahme von 86,35 M., eine Ausgabe von  
15 M. aufzuweisen, mithin einen Bestand von 71,35 M. Ueber  
die private Arbeitsvermittlung entstand eine längere Debatte,  
die dadurch ihren Abschluß fand, daß ein Antrag vom Kollegen  
K ö f f e r, diese Angelegenheit auf die Tagesordnung der nächsten  
Versammlung zu setzen, angenommen wurde.

**Die öffentliche Versammlung der Filzschuharbeiter  
und Arbeiterinnen, welche am 14. d. Mts.** abgehalten wurde,  
hatte als ersten Gegenstand die Zuchthausarbeit und die Arbeiter-  
Kontrollmarke zur Besprechung auf ihrer Tagesordnung. Gut-  
macher A u g u s t i n referierte über dieses Thema und empfahl die  
Benutzung der Kontrollmarke auch für die Filzschuhbranche im  
Interesse der darin beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.  
Die Redner, die in der Diskussion das Wort nahmen, äußerten  
sich im Sinne des Referenten und gab die Versammlung schließ-  
lich ihrer Ueberzeugung Ausdruck durch einstimmige Annahme  
folgender Resolution: „In Erwägung, daß die Einführung der  
Arbeiter-Kontrollmarke in unserer Branche Aussicht auf Erfolg  
hat, verpflichten sich die Filzschuharbeiter und Arbeiterinnen,  
mit allen Mitteln einzutreten für Einführung der Arbeiter-  
Kontrollmarke auch in ihrer Branche. Ebenso verpflichten sich  
dieselben, nur Konsumartikel mit Kontrollmarke zu kaufen, soweit  
diese bis jetzt in Anwendung gekommen ist. Die Abrechnung der  
Kommission vom letzten Streik, welche demnach auf der Tages-  
ordnung stand, mußte ausgesetzt werden, weil noch zu viele  
Pisten ausstehen. Die Abrechnung soll aber unbedingt in der  
nächsten öffentlichen Versammlung erfolgen und wurden alle In-  
haber von Pisten aufgefordert, bis dahin abzurechnen. Alle  
Restanten sollen in der nächsten Versammlung öffentlich bekannt  
gegeben werden. Gleichzeitig wurde die Abrechnung vom  
Sommerfest in Erinnerung gebracht. Zum Punkt „Verschiedenes“  
wurden verschiedene Mißstände in Fabriken zur Sprache ge-  
bracht. Besonders abfällig kritisiert wurde das Verhalten des  
Fabrikanten Z i m m t einem Arbeiter gegenüber, welchem der  
Fabrikant 20 Pf. weniger bezahlte, als allen anderen Arbeitern.  
Zum Schluß wurde noch hingewiesen auf das am 28. Oktober  
stattfindende Stiftungsfest der Organisation.

**In der ethischen Gesellschaft** hielt am Sonntag Abend  
Herr Dr. W e y l vor einer gut besuchten Versammlung einen  
Vortrag über: Vegetarismus, Naturheilkunde  
und Proletariat, zu welcher Vegetarier und Naturheil-  
kundige speziell eingeladen und auch erschienen waren. Der Vor-  
tragende wies zunächst auf die Wichtigkeit einer ordentlichen  
Ernährung nach den Grundsätzen der modernen Wissenschaft hin  
und hob namentlich ihre Bedeutung für die Arbeiterklasse hervor,  
welche bei einer Kost von Brot, Kohl und Kartoffeln unmöglich gesund  
und leistungsfähig bleiben können. Desgleichen empfahl er eine  
rationelle wissenschaftliche Heilkunde und konnte die Natur-  
heilkunde, welche sogar ohne Operation auskommen möchte, daher  
auch nicht recht empfehlen. In der Diskussion, an der die  
Herren Volkmar und Braun theilnahmen, wurden Aussprüche  
von Wichow und Bunge zitiert, in welchen einerseits die Vorzüge  
der vegetarischen Ernährung beleuchtet werden, andererseits dar-  
gelegen wird, daß die Wissenschaft sich über die beste Ernährung  
auch noch nicht schlüssig ist. Allein die „Autorität Wichow“  
fand in der großen Mehrheit der Versammlung wenig Glauben,  
und daß die Pflanzenkost „nahmer“ mache und durch ihre Billig-  
keit und Einfachheit die Bedürfnisse verringere, erschien auch  
nicht gerade als Empfehlung für dieselbe. Im übrigen ging es  
in der Versammlung sachlich und ruhig her, und es wurde sogar  
beschlossen, gelegentlich auch Vegetariern und Naturheilkundigen  
die Möglichkeit zu bieten, ihre Ansichten in Vorträgen darzulegen.  
In der diesmaligen, augenscheinlich in großer Mehrheit von  
Sozialisten besuchten Versammlung waren sichtlich zwei Drittel  
Gegner des Vegetarismus und der Naturheilkunde, und nur einige  
waren entschieden dafür. Der Abend schloß mit einer geselligen  
Unterhaltung.

**Der Verein der Blumen- und Federarbeiterinnen**  
tagte den 7. d. M. Die der Versammlung unterbreitete Ab-  
rechnung ergab ein Defizit von 19 M. Zur Revision wurden  
Fraulein H a h n und Fraulein S c h l e y bestimmt, und findet  
das Stiftungsfest des Vereins am 30. September statt. Nach Er-  
ledigung interner Vereinsangelegenheiten, wurde die Versamm-  
lung geschlossen.

**Eine außerordentliche General-Versammlung des  
Zentralvereins der Gärtner** wurde vor einigen Tagen in  
Dresden abgehalten. Anwesend waren 14 Delegierte und zwar  
hatten Hamburg 2, Bremen 2, Altona, Wambel, Lockstadt,



Wiesbaden, Berlin, Kiel, Dresden, Magdeburg und Mannheim je einen Delegierten entsandt. Der bedeutendste Gegenstand der Tagesordnung betraf einen von Johanning-Bremen gestellten Antrag, den Zentralverein aufzulösen und selbständige Lokalorganisationen einzuführen. Dieser Antrag wurde, nachdem der Vorsitzende der Organisation, P. Jüng-Damburg, eingehend die durchaus günstigen Verhältnisse des Zentralverbandes dargelegt hatte, einstimmig abgelehnt. Die Versammlung nahm vielmehr eine Resolution zu Gunsten der bisherigen Organisation an und beschloß, das Mitglied Johanning auszufchließen.

Der Verband der in Holzbearbeitungs-Fabriken und auf Holzplätzen beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands, Filiale Charlottenburg, hielt am Sonntag, den 18. August, eine Mitgliederversammlung ab, in der Fräulein Baader in einem beifällig aufgenommenen Vortrage über das Thema: „Vom Rechte, das mit uns geboren“ referierte. Bei der Erörterung der Frage, ob sich die Filiale dem Holzarbeiterverbande anschließen soll, sprachen sich sämtliche Redner für Beibehaltung der jetzigen Organisation ihres Berufes aus.

Die freie Vereinigung der Militärmägen-Arbeiter tagte am 12. August. Kollege Fischöder referierte über das Thema: „Was bewog uns, eine Organisation zu gründen?“ In der Diskussion theilten die Kollegen mehrere Fälle großer Rücksichtslosigkeit mit, die von Seiten der Fabrikanten geübt werde. Auch in betreff der Preise wurde bemerkt, daß 3. B. in Danzig die Arbeiter für das Duzend Mägen 7.20 M. erhalten, während hier die Fabrikanten 5 M. zahlen. Alle Redner betonten die Nothwendigkeit der Organisation. Hierauf wurde Kollege Krause als Vizepräsident und die Kollegen Fritz, Ebert und Krause als Revisoren gewählt.

Im Verein der Einseher (Tischler) sprach am Sonntag, den 6. August, Kollege Millarg über das Submissionswesen. Redner betont, daß gerade die Berliner Arbeiterschaft gegen dieses Unwesen, das schlechte Löhne und überlange Arbeitszeit im Gefolge hat, energisch Front machen muß, und zeigt an verschiedenen Beispielen, welche Blüthen das Unterdrückungssystem treibt. Eine im Sinne des Referats gehaltene Resolution fand einstimmige Annahme.

Der Verein der Schäftebranche hielt am 5. August eine Mitgliederversammlung ab, in der Fräulein Baader in einem Vortrage über das Thema: „Vom Rechte, das mit uns geboren“ sprach. An der sehr lebhaften Diskussion beteiligten sich die Kollegen Krause, Gabriel und Vogt. Der Arbeitsnachweis befindet sich augenblicklich beim Kollegen Hermann Krause, Liebigstr. 9. Zum Schlusse wurde bekannt gegeben, daß die nächste Versammlung am Sonnabend, den 19. August, Wallstr. 20, bei Matthies stattfindet, zu der die Schäfte-Arbeiter und Arbeiterinnen ganz besonders eingeladen sind.

Die Lampenbranche des Verbandes aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter für Berlin und Umgegend hielt am Montag, den 14. August eine Versammlung ab. Genosse Rastini sprach über das Thema: „Der Kampf um die Existenz und der Werth der Organisation“. Eine Diskussion fand nicht statt. Der Kollege Richter wurde von der Versammlung als Sachkommissions-Mitglied vorgeschlagen. Hierauf gelangte der Streit der Firma Willing u. Violett zur Erörterung und wurde vielseitig bedauert, daß dort einige Verbandmitglieder angefangen haben. Dann wurden die Kollegen aufmerksam gemacht, in den Fabriken resp. Werkstätten, wo noch keine Werkstätten-Vertrauensmänner sind, diese zu ernennen und die Adresse im Arbeitsnachweis abzugeben. Ferner wurde noch zu reger Agitation für den Verband ermahnt.

Im Verein deutscher Schuhmacher (Filiale Berlin II) sprach am 13. August unter großer Aufmerksamkeit der Versammlung Genosse Dr. Lütgenau über Max Stirner. Die Revision in der Klage gegen den Kollegen Hermann wurde nach einer nochmaligen Debatte über die Angelegenheit zurückgenommen. Die nächste Versammlung der 2. Filiale findet am Montag, den 28. August, bei Müller, Johanniststraße statt. Außerdem am 25. September eine öffentliche Versammlung im Säbwerkens bezugs Gründung einer dritten Filiale. Die Kollegen, welche noch im Besitz von Billets für das Stiftungsfest sind, werden aufgefordert bei Kollege Stumpe abzurechnen.

Zu Brich fand am 15. August eine öffentliche Volksversammlung statt. Zunächst wurde die Laffalle-Feyer besprochen und beschlossen, dieselbe am 27. August durch eine öffentliche Versammlung für Männer und Frauen mit entsprechendem Vortrag und darauf folgendem gemütlichen Beisammensein zu begehen. Die Abrechnung des Volksfestes am 4. Juni d. J. ergab eine Einnahme von 304,70 M. und eine Ausgabe von 162,35 M., somit verblieb ein Ueberschuß von 142,35 M. Das Wahlkomitee vereinnahmte 44,46 M. und verausgabte 45,90 M. Das Defizit von 1,44 M. deckte der Vertrauensmann Woffe. Der Vertrauensmann hatte im Laufe des Jahres 263,81 M. Einnahme zu verzeichnen und verausgabte davon 237,40 M. Den Rest von 26,41 M. erhielt der neugewählte Vertrauensmann Gottwald. Das ausstehende Material hat einen Werth von 64,90 M. Genosse Böhm bestätigte diese Angaben. Von dem Ueberschuß des Volksfestes wurden dem Gewandverein „Eintracht“ in Anerkennung seiner bereitwilligen Unterstützung bei Arbeiterfesten 10 M. bewilligt und der Rest von 142,35 M. dem Vertrauensmann überwiesen. Nach Ertheilung der Decharge an den Vertrauensmann und den Kassierer des Komitees hielt Genosse Franz Berndt einen interessanten Vortrag über „Die Theorie des Marktbus“. In der Diskussion beteiligten sich die Genossen Koberstein und Eberhardt im Sinne des Referenten.

Arbeiter-Gesangverein Nord, Freitag, den 18. August, Abends 9 Uhr, Monatsfeier bei Keller, Bergstr. 62.  
Arbeiter-Gesangverein Süd, Freitag, Abends 8 1/2-10 1/2 Uhr: Süd-Schule, Mariendorferstr. 5 bei Grabe. Süd-Ost-Schule, Reichendorferstr. 123. Unterricht über Gesehichte und Nationalökonomie Ost-Schule, Mariendorferstr. 21. Unterricht in Gesehichte (alte). Nord-Schule, Müllerstr. 170a. Unterricht in Physiologie und Buchführung. In allen Unterrichtsstunden mit Nachmittags- und Nachmittagsunterricht. Nachmittags- und Schülerräumen, auch ist im Laufe des Semesters eintraten.  
Kafé- und Diskussionsklub, Freitag, Mari Platz, Abends 8 1/2 Uhr, bei Gruber, Mariendorferstr. 6. - Rich. u. bei G. Werner, Altonaerstr. 40. - Diskussionsklub, Abends 8 1/2 Uhr im Lokal des Herrn Peterhof, Wilmersdorferstr. 22. - Freie- und Diskussionsklub Otto Reimer, Abends 8 1/2 Uhr Wilhelmshagenstr. 23 bei Rada. - Diskussionsklub August Weib tagt jetzt Freitag Abends 8 1/2 Uhr Restaurant Zuberl. - Freie- und Diskussionsklub „Hand in Hand“ 8 1/2 Uhr bei Bernold, Mariendorferstr. 46.  
Arbeiter-Gesangverein Ost und Umgegend, Vorsitzender Hb. Neumann, Brunnenstr. 150, 2 Tr. Alle Versammlungen im Vereinssaal, Kolonnenstr. 15, 2 Tr. Friedrich Kortum, Mariendorferstr. 70. Freitag, 18. August, Abends 8 1/2 Uhr, Aufnahme von Mitgliedern. Kaiserlicher Männerchor, Schönhauser Allee 28, bei Kaufmann. - Nord, Bergstr. 62, bei Keller. - Vorwärts 1, S.O. Altonaerstr. 21, bei Red. - Nummern 1/cher Gesangverein, Dangelstr. 66, bei Zempel. - Buchbinder-Männerchor Berlins, Holzmarktstr. 3, bei Teier. - Waiselböcken, Hochstr. 22a, bei Wille. - Gemüthlichkeit Waiselböcken, Hochstr. 22. - Palme, in Veltan, bei Schröder. - Morgenrot 4, Köpenick, Mühlentorstr. 3 bei Feld. - Karibau'scher Gesangverein, Lichterbergstr. 21, bei Gelle. - Gesangverein Morgenrot 2, Charlottenburg, Wilmersdorferstr. 74. - Arbeiter-Gesangverein. - Typographia, Gesangverein Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer, Kommandantenstr. 20, Kaminthalen. - Gesangverein Nordwest, Müllerstr. 7, bei Redner. - Gesangverein Schwanenbühl in Schwanenbühl, Wilmersdorf. - Zukunft 1, Steglitz, Abornstr. 10, in Gumbinnen. - Gesangverein Collegia 1, Marienaustr. 9 bei Kowalski. - Gesangverein Freiheit Wobbit, Kronen-Bräuerei, Altonaerstr. 47/49. - Vereinte Sangesbrüder Wobbit, Stromstr. 28 bei Ränge. - Sangesverein Sorgenfrei, Wilmersdorferstr. 15 bei Steinhilber. - Gesangverein „Rosalia“ Blumenstr. 45 bei Rent. - Nord-West-Stern, Altonaerstr. 27 bei Rente. - „Sirena“, Wilmersdorferstr. 25 bei Cuelich. - Freie Liebesfeier, Neue Königstr. 73 bei Gaba. - Brandenburger Männer-Gesangverein in Brandenburg a. O., Wengeler's Hofgarten. - Motte Fahne, Köpenickerstr. 22 bei Vogel. - Sangeschor der Töpfer, Neue Friedrichstr. 45 bei Köhler. - Brauer-Gesangverein Henschelstr. 10, bei Jakobstr. 22 bei Wende. - Männer-Gesangverein Steinmetze, Köpenickerstr. 17 bei Wobbit.  
Band der gefälligen Arbeitervereine Berlin und Umgegend, alle Zuschriften sind zu senden an: H. K. K. K., Bergmannstr. 21, Hof 3 Tr. Freitag: Landbauverein „Hilf“, Invalidenstr. 1. - Landbauverein „Hilf“ Gartenstr. 4. - Bau- und gewerbliche Vereine, Freitag. Männer-Gesangverein Union, Abends 8 1/2 Uhr, Berliner Wobbitstr. - Quartettverein Wedding, Abends 8 1/2 Uhr, bei Schäfer, Neue Poststr. 49. - Wärmehor Waldekränchen, Abends 8 1/2 Uhr, bei Weigt, Marienaustr. 27. - Privat-Theaterverein „Crescendo“, Abends 8 1/2 Uhr, bei Schulz, Wilmersdorferstr. 25. - Musik-Verein „Zonta“, Abends 8 1/2 Uhr, bei Schent, Krausenstr. 22, Liebigstr. 20. - Musikverein „Hilf“, Restaurant Schröder, Liebigstr. 20.  
Berliner Turnvereinsvereine. Die erste Männerabtheilung turnt Freitag und Sonntag Abends von 8 1/2-10 1/2 Uhr in der Turnhalle des Festung-Gymnasiums, Poststr. 9-10. - Turnverein „Eisener Brunnen“ die 1. Männer-Abtheilung turnt heute Abend von 8 1/2-10 1/2 Uhr in der Turnhalle des Festung-Gymnasiums, Poststr. 9-10.  
Vergnügungsverein Esperance, Abends 8 1/2 Uhr, Rosenkalerstr. 11-12, im Restaurant. - Vergnügungsverein Teichen, Abends 8 1/2 Uhr, bei Brauns, Oranienstr. 123 p. - Gefälliger Arbeiterverein „Glophia“, Abends 8 1/2 Uhr, Alte Jakobstr. 123 (Gegenhaus). - Unterhaltungsclub „Schiller“, Abends 8 1/2 Uhr im Restaurant Goldbühl, Dreystr. 2. - Septipol, Vereinigung Orion, Abends 8 1/2 Uhr, Liebigstr. 20. - Musikverein „Glophia“, Abends 8 1/2 Uhr, Liebigstr. 20. - Stallul Rairo, Abends 8 1/2 Uhr, bei Hild, Simeonstr. 23. Vergnügungsverein „Gloria“, Abends 8 1/2 Uhr im Restaurant „Zur Weichheit“, Andreaskstr. 26, Sigmund. Nach derselben Tanz, Tanzverein „Solidarität“, Abends 8 1/2 Uhr im Lokal von Schendern, Annenstr. 16, Sigmund. - Rauchklub „Motte Fahne“, Freitag Abends 8 1/2 Uhr, Woystr. 48 bei Kricheldorf.

English Conversational Club Shakespeare. Meeting every Friday at 9 p. m. at Behrens Restaurant Königstr. 62. Lecturer Mr. J. Bloch. Guests are welcome.

### Vermischtes.

Ein Vertheidiger der Gottesfurcht und frommen Sitte vor Gericht. Vor der Strafkammer in Freiburg fand am 11. August der Prozeß gegen den Buchdruckerbesitzer Hermann Popp, Näherin Wittwe Allgaier und Maler Waier, sämmtlich von hier, wegen Kindesaussetzung bezw. Kenderung des Personenhauses statt. Der Fall erregte großes Aufsehen. Hermann Popp unterhielt mit seiner Lednerin ein Verhältnis. Diese wurde am 3. Juni in Colmar von einem Mädchen entbunden. Wenige Wochen darauf erhielt die Pflgerin des Kindes — die Mutter war inzwischen wieder nach Freiburg gekommen — ein Telegramm des Inhabers, sie möchte das Kind zu einer bestimmten Stunde zur Bahn bringen, dort würde es in Empfang genommen und in andere Pflege gegeben werden. An der Bahn wartete die bereits wegen Kuppelrei bestrafte Allgaier und der Maler Waier mit der ihnen von Hermann Popp gegebenen Befehlung, das Kind nach Paris zu bringen und es dort einem Findelhaus zu übergeben. Das Kind wurde jedoch im Pariser Findelhaus nicht angenommen. Hierauf setzte sich die Allgaier, begleitet von Waier und zwei Pariser Zubehältern, in eine Droschke; sie fuhren nach einer stillen Straße und legten das etwa drei Wochen alte Kind unter einen Baum. Eine zweifelhafte Person fand bei ihrem nächtlichen Spaziergang das Kind, das nunmehr im Findelhaus Aufnahme fand. Der Mutter des Kindes hatte Popp auf ihre Anfragen erklärt, das Kind sei in Frankfurt oder sonstwo in bester Pflege. Popp wurde zu acht Monaten, die Allgaier und Waier zu je vier Monaten Gefängnis verurtheilt.

Thierquälerei ist in unserer Zeit der Bildung und Gesittung ein Sport, der mit Vorliebe von den „Geistes-“ und „Besten“ ausgeübt wird. Zu den abscheulichsten Passionen dieser Art gehört das Taubenschießen, das charakteristisch genug, im Junkerlande Mecklenburg alljährlich mit Raffinement geübt wird. Die „Sport-Welt“ berichtet über dies Vergnügen: Die Taubenschießen zu Heiligendam, welche vom 23. Juli bis 7. August stattfanden, wurden unter sehr lebhafter Theilnehmung abgehalten.

Siebzehn Konturrenzen um zahlreiche Ehrenpreise, sowie die beiden 1200 und 1000 M.-Preise wurden lebhaft bestritten. Die bekanntesten Taubenschießen Deutschlands hatten sich auf dem Heiligendam versammelt, unter den besten Schützen findet man die altbekannten Namen, wie Graf Voß, Graf Hahn-Basjedow, Graf Bernstorff, Graf Schirich-Renard, Prinz Max Hohenlohe, Freiherr von Falkenhause, Freiherr v. Schröder, Baron Draake, Baron Nutzenbecher u. A. — Die „Gaz“ ist beendet und die Edlen haben den Lohn dahin, der in Gestalt von Geld- und Ehrenpreisen ihres Schweißes werth ist.

Das appetitliche „Würstchen“. In einer Restauration zu Stendal fand kürzlich der Trompeter Seeger aus Altona in einem warmen Würstchen, das er von einem „fliegenden“ Würsthändler für zehn Reichspfennige erworben, ein Fingerglied! Auf erstattete Anzeige gegen den betreffenden Würsthändler stellte sich heraus, daß diesem Tags vorher beim Anfertigen der Würstchen das Theilglied eines Fingers abgequetscht worden war. Er selbst stellte die Arbeit sofort ein, und gab einem Gesellen Auftrag, nach dem Fingerglied zu suchen. Dieser will aber nichts im „Gehackten“ gefunden haben. Das Schöffengericht verurtheilte den Würsthändler wegen groben Vergehens gegen das Nahrungs-mittelgesetz zu vierzehn Tagen Gefängnis.

Die schwarzen Blattern, die vor einigen Wochen schon in Gera eine Reihe Opfer gefordert haben, sind dieser Tage durch selbst von neuem ausgebrochen. Der Stadtrath macht durch Anschlag an den Plakatsäulen, sowie in seinem Amtsblatt bekannt, daß in dem Hause Portenerstraße 43 ein Mann und in der Reichstraße 56 ein Kind von den schwarzen Pocken befallen worden sind. Das Kind ist bereits Sonntag Nacht gestorben. Im Anschluß an die Bekanntmachungen der Erkrankungsfälle heißt es weiter: „Die Einwohner der Stadt und namentlich die Anwohner der Reichs- und Portenerstraße werden dringend ersucht, bei jedem Unwohlsein sofort einen Arzt zu Rathe zu ziehen, damit möglichst bald festgestellt werden kann, ob bei dem Kranken die Pocken im Anzuge sind oder nicht. Ebenso wird dringend anempfohlen, daß alle Personen, welche seit 10 Jahren nicht geimpft sind, sich sofort wieder impfen lassen. Jede weitere Erkrankung wird von uns sofort bekannt gemacht werden.“

Die Cholera. Petersburg, 16. August. Nach dem heute veröffentlichten Bulletin über den Stand der Cholera in Rußland sind in Moskau vom 8. bis 12. August 168 Personen an Cholera erkrankt und 67 gestorben, in Wladkau vom 9. bis 10. August 1 Person erkrankt und 1 gestorben. In dem Gouvernement Tomsha erkrankten am 14. d. 4 Personen, 1 Person starb, im Gouvernement Grodno sind vom 6. bis 12. August 96 Personen erkrankt, 22 gestorben, im Gouvernement Samara vom 30. Juli bis 5. August 134 Erkrankungen, 39 Todesfälle, im Dagebiet vom 10. bis 12. August 317 Erkrankungen, 157 Todesfälle. — Bukarest, 17. August. In den letzten 24 Stunden sind an der Cholera in Braila 8 Personen erkrankt und 12 Personen gestorben, in Sulina 13 Personen erkrankt und 8 Personen gestorben, in Galah 9 Personen erkrankt und 2 Personen gestorben, in Gernawoda 2 Personen erkrankt und 1 Person gestorben, in Feseti 3 Personen erkrankt und 3 Personen gestorben. — Rom, 16. August. Der „Tribuna“ zufolge sind in Neapel in den letzten 24 Stunden 11 Erkrankungen an Cholera und 8 Todesfälle vorgekommen. — Lemberg, 17. August. Auf der Bahnstrecke Marmarosa-Tarnopol starb heute ein die Strecke inspizierender Ingenieur aus Wien an der Cholera. — Sofia, 16. August. Der Sanitätsrath hat die ärztliche Untersuchung der aus dem Westen kommenden Reisenden in Caribrod, sowie die Desinfektion der gebrauchten Wäsche daselbst angeordnet. Die Verordnung tritt morgen in Kraft. — Bukarest, 17. August. Der holländische Konsul in Sulina ist an der Cholera gestorben. — Belgrad, 17. August. Infolge des fester Zunehmens der Cholera in den rumänischen Donauhäfen wird Serbien strenge Maßregeln für den Verlehe auf der unteren Donau treffen. Der Sanitätsrath ist dieserhalb zusammenberufen.

### Briefkasten der Redaktion.

Frischer in M. Sie befinden sich sehr im Irrthum, wenn Sie annehmen, daß der Partei-Unterstützungsfonds auch für solche Kosten und Strafen aufkommt, die aus dem Vertriebe von Schriften herrühren, die von einzelnen Parteigenossen oder Bourgeoisverlegern als private Unternehmen herausgegeben werden. Der Vertrieb solcher Schriften ist ausschließlich Sache der betreffenden Verleger und der Kolporteurs, die sich damit befaßen. Für etwaige unangenehme Folgen, die sich, wie in ihrem Falle infolge des Verkaufes der „Bibel in der Westentasche“ aus diesem Vertriebe ergeben, kann die Partei-Unterstützungskasse auch dann nicht aufkommen, wenn die betreffenden Schriften von Expeditionen lokaler Parteiblätter bezogen sind. Die Partei kann nur für die Partei-Unternehmungen aufkommen, die Privatunternehmen müssen naturgemäß ihr Risiko nach jeder Richtung selbst tragen.

H. S., Dorotheenstr. Berichten Sie uns Näheres über die Entlohnung der bei der Freibahn verwendeten Arbeiter.

Göbler. Von einem derartigen Manuscript ist der Redaktion nichts bekannt. Ueber die Verwendbarkeit Ihrer Schrift können wir erst nach erfolgter Einsichtnahme urtheilen.

Abonnet. Weber Sie noch Ihre Ehefrau dürfen vor rechtskräftiger Scheidung der Ehe heirathen.

M. W. 30. Die Kündigung ist nach den gesetzlichen Bestimmungen gültig.

G. D. 90. Die während der Ehe erworbenen Sachen gehören trotz Ihrer Mitarbeit Ihrem Mann.

## Berliner Bock-Brauerei

Aktien-Gesellschaft  
Tempelhofer Berg.

Wir beehren uns hierdurch ganz ergebenst anzuzeigen, daß wir mit dem 15. August er. unser neu eingebrantes

# Versand-Bier

(nach Münchener Act extrafein gebraut und aus feinstem Maltz und Hopfen hergestellt) zum Ausstoß bringen.

Gleichzeitig offeriren wir unser

## Lagerbier (hell),

sowie das in weitesten Kreisen bekannte und beliebte

## Pilsener Bier

aus unserer Brauerei Schönpriesen in Böhmen und bitten um geneigte Aufträge.

## Berliner Bock-Brauerei,

Telephon-Amt VI, 3019. Aktien-Gesellschaft.

## Oranien-Bad

Oranienstrasse 44.  
Abonnements I. Kl. 60 Pf., II. Kl. 3 Bäder 1 M.  
Dampfbäder.  
Einpäckung und Massage.  
4310\*

## Jamaica-Rum,

181M\*  
ochtschnitt u. Fac., Alterl. 1,10, 1,60, 2,10, bei 5 Fl. 10 Pf. billiger.  
Tokayer, med. süßer Ungarwein, Literl. M. 2,10.  
Himbeer-, Kirsch-, Johannisbeersaft, Liter M. 1,20.  
Echt Stonsdorfer Bitter-Bisler, Liter 1,20, 5 Tr. 5,30, 10 Tr. 10.  
Cognac fine Champagne, 1/2 Literl. 3,50, 1,50, 5,50, 7,50, 12.  
Eugen Neumann & Co.,  
6a. Belle-Alliance-Platz 6a. 81. Neue Friedrichstr. 81. S. Oranienstr. 8.

## Naether & Krause

Amsterdamerstr. 44  
an der Brunnen-Strasse.  
Billigste Bezugsquelle für

# Uhren.

4408L  
Reparaturen gut und billig.

## Bitte lesen Sie!

Jedem Genossen, der billig und gut kaufen will, empfehle mein sehr reiches Lager von ca. 1000 Sommer-Valentins, 2000 Anzüge, sowie einzelne Röcke, Jaquets, Hosen, Westen u. Ferner Uhren, Ketten, Ringe, Ketten, Wäcker, Stiefel, Hüte, Reife u. Holzschuhe, Waschkübel u. Sämmtliche Sachen in alt und neu, auch werden verfallene Pfänder verkauft.

## A. Wergien,

Schneidermeister und Parthiewaaren-Händler, 8768L\*  
127 Skalitzerstraße 127.  
Bestellungen nach Maß werden gut und billig ausgeführt.  
Bitte sehr, recht genau auf Namen und Hausnummer zu achten.  
Ein gebrauchtes Sopha zu verkaufen bei Baumgart, Hochstr. 22, 3 Tr.  
Kinderwagen. Größtes Lager Berlins  
Andreasstr. 23. 5 v

## Achtung! Kein Laden.

Kontroll-Schuhmarke.  
Nur eigene Fabrication, 25 Zigarren 1 Mark. Garantie rein amerikanische Tabake. Rippentabak 2 Pfd. 60 Pf. 3561L  
H. F. Dinslage,  
Rottbuhnerstr. 4, Hof part.